

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Rotschne Berlin, Berl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Interat“, Allgemeine Interaten-Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis voransahlend pro Woche 60 Pf., monatlich 2,60 M., einjährig 28,80 M. in Berlin u. Orten in d. Reich. Postbestellungsnummer 260 M.; Streifenband im Ausland 4,20 M.; u. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12zeil. Millimeterzeile 35 Pf.; die 8zeil. Textmillimeterzeile 2,50 M. Arbeiterorgane u. Familienanzeig.: Millimeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf. Ueberchrift 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

„Krieg im Osten noch vor Ablauf von 2 Monaten“ / Siehe 3. Seite

Severing für Nazi-Regierung!

Der SPD.-Spitzenkandidat „gegen Hitler“ fordert Regierungsbeteiligung Hitlers — Die sozialdemokratischen Bürgermeister von Wittenberge und Senftenberg zu den Hafentrossen übergegangen — Regierungsverhandlungen zwischen Nazis und Zentrum!

Organisiert große antifaschistische Aktionen

Der preussische Innenminister Severing hat der amerikanischen Nachrichtenagentur „United Press“ Erklärungen übergeben, die unfreiwillig, aber ein für allemal dem Geschwätz der SPD.-Führer vom Kampf gegen Hitler ein Ende setzen und beweisen, daß die SPD. für den Eintritt der Sakenkreuzler in die Regierung plädiert.

Severing betonte, daß die Aussichten einer Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in Preußen und im Reich erhöht seien, weil sowohl in der Sozialdemokratie wie im Zentrum die Neigung stark gewachsen ist, nunmehr auch die Nationalsozialisten an der Verantwortung zu beteiligen. Es ist begrifflich, daß sowohl im Zentrum, wie bei den Sozialdemokraten der Wunsch vorhanden ist, nunmehr den Nationalsozialisten Gelegenheit zu geben, ihre Worte mit den harten Tatsachen in Einklang zu bringen.

Eine Regierungsbeteiligung der NSDAP. in Preußen und im Reich kann natürlich nur als eine Beteiligung an der Regierung in Frage kommen, das heißt im Verein mit anderen Parteien, die eine Gewähr dafür bieten, daß die Grundgesetze der Verfassung nicht verletzt werden.

Der Spitzenkandidat der SPD., die ihr Wahlschicksal unter dem Motto: „Schlagt Hitler!“ durchführte, fordert jetzt im Namen seiner Partei den Eintritt der Nazis in die Regierung. Hitler soll regieren mit der Verschärfung des Lohnabbaues, mit dem Verbot der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Jugend, der NSD. und des Antifaschistischen Kampfbundes. So wollen es Severing und die SPD. Hitler soll regieren mit Zwangsarbeit für die proletarische Jugend und mit offener Kriegsankündigung an die sozialistische Sowjetunion. So wollen es Severing und die SPD.

SPD.-Führer zu Hitler

Wenn die Führung der Sozialdemokratie solche Pläne hat, da braucht man sich nicht zu wundern, daß die Unterführer gleich ganze Sache machen. Zu den vielen bekannten SPD.-Repräsentanten, die in den letzten Jahren zur Hitlerpartei übergetreten sind, haben sich zwei weitere gesellt:

Der vor kaum zwei Jahren zum Bürgermeister von Wittenberge (Elbe) gewählte Sozialdemokrat Lindemann ist der Hitlerpartei beigetreten. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Senftenberg (Lausitz), Lindemann, ist denselben Weg gegangen. Ebenso ist der sozialdemokratische befohlene Stadtrat Dittmar in Salberstadt zur NSDAP. übergetreten.

Noch vor wenigen Tagen verherrlichte die sozialdemokratische „Märkische Volksstimme“ den Lindemann als ideale Verkörperung eines hohen sozialdemokratischen Kommunalbeamten. Noch vor wenigen Tagen gab dieser Lindemann auf den kommunalpolitischen Konferenzen der SPD. die Richtlinien für die Tätigkeit der SPD.-Funktionäre. Noch vor wenigen Tagen tobte die „Märkische Volksstimme“ gegen die Kommunisten, weil sie Lindemann einen Sozialfaschisten nannten. Nun hat der Sozialfaschist aus seinen Taten die richtige Konsequenz gezogen und ist gleich ein Hafentrossfaschist geworden.

Führende SPD.-Funktionäre treten in die Hitlerpartei ein. Severing ladet Hitler in die Regierung ein. Das Zentrum steht bereits, wie die gut unterrichtete „D.Z.“ bestätigt, trotz aller Dementis mitten in den Koalitionsverhandlungen mit den Nazis.

Jetzt kommt es darauf an, daß die Arbeiterschaft handelt. Sie ist betrogen, sie ist verraten und verkauft von den reformistischen Führern. Die werktätigen Anhänger der Sozialdemokratie, denen man einen Kampf gegen Hitler versprochen, sind aufs schmachlichste

hintergangen. Es trifft ein, was wir Kommunisten Ihnen immer gesagt haben: von diesen Wels, Stampfer und Künßler und Konfessionen ist nichts zu erwarten, als Verrat, Verrat, Verrat!

Alles hängt davon ab, ob die Klassenbewußten Arbeiter Deutschlands außerparlamentarisch einen derartigen Druck entfalten, daß die Pläne der kapitalistisch-sozialdemokratischen Herrschenden, die Hitler an die Regierung bringen wollen, keine Tat werden. Die Arbeiter sind stark genug. Man muß diese Stärke in Aktionen einsehen.

Ruft die SPD.-Arbeiter zur kämpfenden Einheitsfront!

Wenn die Abteilungen unseres Antifaschistischen Kampfbundes an die unteren ReichsbannerEinheiten heran-

Aus dem Inhalt:

1. Mai in München verboten!
In den Lagern der Arbeitsdienstpflicht
Nazimörder von Felsenack gesteht den Mord

treten, wenn die Betriebs- und Straßenzellen der Kommunistischen Partei sich mit den Mitgliedern der SPD.-Abteilungen in Verbindung setzen, wenn die Kollegen der NSD.-Gruppen zu ihren Klassengenossen in den reformistischen Gewerkschaften gehen, wenn so über die Köpfe der zu Hitler neigenden und übertretenden SPD.-Führer hinweg sich die große einheitliche rote Front bildet, dann ist der Augenblick gekommen, wo mit dem politischen Massenstreik gegen die Regierungsbeteiligung der Nazis vorgegangen werden wird.

Nicht die parlamentarischen Schiebungen der SPD.-Führer, sondern nur große außerparlamentarische Einheitsfront-Aktionen des Proletariats schlagen Hitler!

Betriebe und Stempelstellen, jetzt kein Zaudern mehr, jetzt muß der Kampf aufgenommen werden!

Aufmarschplan am 1. Mai zum Lustgarten

Zentrale Steilplätze der Unterbezirke

- UB. Nord: Gustav-Meyer-Allee, Abmarsch 14,45 Uhr.
- UB. Borsigwalde: Gustav-Meyer-Allee, Abmarsch 14,45 Uhr.
- UB. Nordost: Helmholtzplatz, Abmarsch 14,30 Uhr.
- UB. Nordwest: Kleiner Tiergarten, Abmarsch 14,30 Uhr.
- UB. Siemens: Gustav-Adolf-Platz, Abmarsch 14 Uhr durch Kaiserjuli-Augusta-Allee zum Kleinen Tiergarten.

- UB. Südwest: Schöneberg, Ebersmarkt, Abmarsch 14,30 Uhr.
- UB. Süd: Hohenzollernplatz, Abmarsch 14,30 Uhr.
- UB. Tempelhof: Marktplatz Mariendorf, Abmarsch 14 Uhr.
- UB. Südost: Lausitzer Platz, Abmarsch 15 Uhr.
- UB. Schönevide: Rathenau-Platz, Abmarsch 13,30 Uhr.
- UB. Zentrum: Teutoburger Platz, Abmarsch 14,30 Uhr.
- UB. Ost: Küstriner Platz.

Genosse Ernst Thälmann spricht um 15.30 Uhr im Lustgarten — Lautsprecheranlage

Japan marschiert auf die Sowjetgrenzen

München, 27. April. Nach einer Neutermeldung haben die Japaner gegen die angeblichen „Banditen“ in der Ost- und Nordmandschurie die umfangreichsten Operationen eingeleitet, die seit dem letzten Dezember unternommen worden sind. Die Brigade des Generalmajors Hirose wird auf 20 000 Mann geschätzt. Die Brigade des Generalmajors Murai marschiert von Zhenyao auf Jangtschong. Generalmajor Joda marschiert ostwärts an der ostchinesischen Bahn, um sich der Brigade Murai anzuschließen. Generalmajor Nakamura fährt auf 22 mit Kanonen bewaffneten Booten, die von vier manövrierfähigen Kanonenbooten begleitet werden, den Sullgarifluß hinunter.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Tschangschang und Charbin ist unterbrochen. Auch auf der Strecke Charbin-Mladimostok konnte seit Tagen kein regelmäßiger Verkehr aufrechterhalten werden. In drei starken Heersäulen stoßen die Japaner vor. Nach

Norden und Osten! In Richtung Blagoweschensk und Mladimostok! Die angeblichen „Banditen“ sind immer dort, wo der Weg an die Sowjetgrenzen führt. Keineswegs im Westen oder Süden! Jeder Blinde spürt, daß diese „Banditen“ die ausgeschalteten Helfershelfer der Japaner sind.

Das Proletariat muß von der Aggressivität, mit der die Feinde der Sowjetmacht ihr Ziel verfolgen, lernen. Die Arbeiterschaft jeder Fabrik, jeder Stempelstelle, jeder Stadt muß einen konkreten Plan der aktiven Bekämpfung der Kriegsgefahr aufstellen.

Überall Massenentlassungen

Dortmund, 27. April. Bei der Gewerkschaft Konstantin der Große in Bochum sollen am 15. Mai 350 Bergarbeiter und 12 Angestellte entlassen werden. Wilhelmshaven, 27. April. Die Marinewerft hat zum 2. Mai 330 Arbeiter entlassen mit der faulen Ausrede, daß die Verlängerung der Arbeitszeit von 10 auf 14 Stunden diese Entlassungen notwendig mache.

Wie wird die antifaschistische Einheitsfront geschaffen?

In einem Arbeiterwohnblock Berlins sind die Nazis eingedrungen. Sie haben sich einen Raum gemietet und dort eine Naziflagge aufgemacht. Mehrere Arbeiter, Funktionäre der kommunistischen Partei, revolutionärer Massenorganisationen und des Reichsbanners wurden schon überfallen. Aber nichts geschah dagegen.

Es kommt zu einer Aussprache zwischen dem Abteilungsführer des Reichsbanners und seinem Zellenleiter: „Du, ich schlage vor, daß wir einen gemeinsamen Abwehranschluß gegen die Nazis bilden.“

Unser Genosse darauf: „Einverstanden. Aber wie stellt du dir diesen Anschluß vor? Wieviel Mitglieder soll er haben? Es ist doch außerdem selbstverständlich, daß wir den Vorsitzenden stellen. Denn wir sind hier im Bezirk stärker als ihr. Außerdem haben unsere Kameraden nach den bisherigen Erfahrungen zur „Eisernen Front“ gar kein Vertrauen.“

Der Reichsbannerfunktionär läßt sich auf eine große Diskussion über diese organisatorischen Fragen ein, es kommt zum Beschluß, wer den Vorsitzenden stellen soll. Die Unterredung endet ohne Ergebnis.

Zweifellos hat der Genosse, der dieses Gespräch führte, die richtige Erkenntnis, daß selbstverständlich eine wirklich kämpfende rote Einheitsfront der Arbeiterklasse nur unter kommunistischer Führung stehen kann. Nur wenn Kommunisten die Führung haben, können die einheitlichen Kämpfe der Arbeiterklasse mit Aussicht auf Erfolg geführt werden.

Die entscheidende Frage ist nur die: Wie bekommen wir Kommunisten die Führung der roten Einheitsfront? Das es so nicht geht, wie wir es in dem vorstehenden Gespräch geschildert haben, sieht jeder ein. Aber wie macht man es besser? Auch dafür ein praktisches Beispiel.

Von einer Abteilung des Reichsbanners und einer Kampfbrigade wird eine gemeinsame Mitgliederversammlung einberufen. Grund hierzu sind die ständigen Überfälle von Nazis auf Arbeiter in dem betreffenden Gebiet. Die Reichsbannerführung wollte Abmachungen nur von Leitung zu Leitung. Das lehnten unsere Genossen ab und verlangten eine offene Aussprache vor den Mitgliedern. Die Reichsbannerleitung mußte nachgeben.

In der Versammlung spricht zuerst der Reichsbannerführer, der in einer Zwischmühle steht. Von oben hat man ihm jede Einheitsfront mit den Kommunisten verboten, die Mitglieder drängen darauf. Er sucht sich dadurch aus der Patzsch zu helfen, daß er möglichst allgemein spricht, starke Töne vom „Kampf gegen den Faschismus“ redet, von der „Einheit ohne irgendwelche gegenwärtige Kritik.“ Das müsse während der Aktion unterbleiben, usw. Als er fertig ist, stehen sich alle an: Sie sind genau so glücklich wie vorher.

Dann spricht unser Genosse. Keine großen allgemeinen Redensarten. Aber er macht praktische Vorschläge: gemeinsamer Wahldienst, gemeinsamer Schutz der Arbeiterlokale usw. (Unsere Leser werden verstehen, daß wir aus Notverordnungsgründen nicht alle praktischen Vorschläge hier aufzählen können. Die Red.) Er fordert auf, einen gemeinsamen Kampfausschluß zu wählen, der diese Arbeiten im Kampf gegen den Halentnazifaschismus organisiert, der die einzelnen Kameraden einleitet und alarmiert usw. Die Folge? Zwei Drittel der anwesenden Reichsbannerarbeiter wählen zusammen mit den Kampfbrigadenern unseren Genossen als Vorsitzenden des Kampfausschlusses. Vier Mitglieder sitzen im Ausschluß, davon drei Kampfbrigadler und ein unterer Reichsbannerfunktionär, ehrlicher Kämpfer gegen den Faschismus.

Jeder sieht den Unterschied. Die Führung der roten Einheitsfront wird nicht dadurch erreicht, daß wir davon lange reden, sondern daß wir diese Führung praktisch erkämpfen. Wir werden die Arbeiter nicht davon überzeugen, daß eine Partei die Einheitsfront führen muß, wenn wir das nicht durch das praktische Beispiel beweisen. Wenn wir uns selbst klar sind, daß eine proletarische Einheitsfront nur unter kommunistischer Führung erfolgreich kämpfen kann, dann müssen wir besonders die Worte des Genossen Stalin in die Praxis umsetzen:

„Unter diesen Bedingungen richtige Politik der Partei führen heißt, es verstehen, die Massen von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen, heißt, solche Lösungen aufstellen und durchzuführen, die die Massen dem Standpunkt der Partei näherbringen und ihnen auf Grund ihrer eigenen Erfahrung das Verständnis für die Richtigkeit der Politik der Partei erleichtern, heißt, die Massen bis zum Niveau des Bewusstseins der Partei zu erheben und sich somit die Unterstützung der Massen, ihre Begeisterung zum entscheidenden Kampfe sichern. Deshalb ist die Methode der Überzeugung die Grundmethode der Führung der Klasse durch die Partei.“

Diese Lehre Stalins auf die jetzigen Aufgaben der deutschen Kommunisten bei der Bildung einer einheitlichen Klassenfront, d. h. bei der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die proletarische Revolution angewandt, heilagen: daß wir die Frage der organisatorischen Führung der einheitlichen Klassenaktionen nicht stellen dürfen und können, wenn wir nicht zugleich den Arbeitern den Beweis erbringen, daß die Aktion eben nur unter kommunistischer Führung stehen kann. In 95 von 10 Fällen wird es dann sogar so sein, daß ohne große Ueberredung die Arbeiter von selbst uns die Führung übertragen werden, weil sie in uns die aktivsten und klarsten Kämpfer erkennen.

Diese Klarheit und Kühnheit allerdings ist die Voraussetzung jeder kommunistischen Einheitsfrontpolitik. So richtig es ist, daß die offene Machtübernahme durch Hitler nur durch große Einheitsfrontaktionen verhindert werden kann, so sicher ist es auch, daß diese Aktionen nur ausgelöst werden können, wenn wir Kommunisten ihnen an der Spitze marschieren. Vorstellen wir es, so zu handeln, dann werden die in partementarischen Illusionen befangenen Massen sehr rasch erkennen, daß am 24. April — wie die schwedische Industrie „DZ“ schrieb — „kein Problem gelöst“ wurde, sondern daß der Nazismus aus Eend, Faschismus und Krieg nur ein revolutionärer sein kann, den sich die deutsche Arbeiterklasse unter kommunistischer Führung erkämpfen muß und wird.

Die Märkische Bank Robert Gansow & Söhne in Rönigsberg, Neumarkt, hat ihre Zahlungen eingestellt. Viele kleine Sparer sind betroffen. Die Bank hat bereits jetzt erklärt, daß rund die Hälfte, genau 45 Prozent, der Einlagen verloren sind.

1. Mai in München verboten!

SPD. ebnet dem Verbot den Weg — Die Antwort auf den Wahlsieg der KPD. in Bayern

München, 27. April. (Eig. Bericht.) Von der Münchener Polizeidirektion wurden sämtliche von der kommunistischen Partei geplante Demonstrationen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Die SPD. hat diesem Verbot den Weg geebnet dadurch, daß sie bereits vor Wochen das städtische Dante-Stadion für ihre Maiveranstaltung mietete.

Sinweg mit allen Verboten der Maiaufmärsche! Dieser Ruf muß millionenfach durch Deutschland hallen. Bei diesen Verboten macht es keinen Unterschied, ob ein SPD. oder ein Naziminister am Ruder ist. Die SPD.-Minister in Anhalt haben den 1. Mai genau so verboten wie Nazi-Klages in Braunschweig. Das Verbot in München, wo die reaktionäre bayerische Volkspartei seit Jahren mit Hilfe der SPD. regiert, ist die Antwort auf den großen Vormarsch der KPD. bei den letzten Wahlen. Aber dieses Verbot wird unseren Vormarsch nicht aufhalten.

Auch dies Verbot wird dazu beitragen, den Kampf der Arbeiter in ganz Deutschland um die uneingeschränkte proletarische Demonstrationstfreiheit zu verstärken. Nehmt in allen Betrieben und Stempelstellen zu den Kampfauf-

märschen am 1. Mai Stellung! Kämpft überall für die Aufgabe des 1. Mai! Demonstriert am 1. Mai nicht mit der Partei der Halverbote, sondern unter den Fahnen des Kommunismus!

Nazis, die Schänder des 1. Mai

Die Berliner Nazis hatten, wie jetzt bekannt wird, beantragt, für eine „Maifeier“ den Lustgarten freizugeben. Da aber im Lustgarten die Matlungsborg der KPD. und die Maifeier der SPD. stattfinden, sollten die Nazis einen anderen Platz zugewiesen erhalten. Daraufhin haben die Goebbels und Co. ihren provokierenden Aufmarsch zur Schändung des 1. Mai aufgegeben.

In Braunschweig dagegen hat der Naziminister Klages den 1. Mai-Aufmarsch verboten. Mit Begeisterung wird das vom „Angriff“ verkündet. Wir wissen aus der Geschichte: die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter in Braunschweig sind schon mit ganz anderen Deuten fertig geworden, die ebenfalls den Kampfaufmarsch am 1. Mai unterbinden wollten.

Freigewerkschaftliche Möbeltransportfunktionäre beschließen Streit gegen jeden Pfennig Lohnabbau

Sozialdemokratische Arbeiter für Einheitsfront zum Kampf gegen Lohnabbau

Die Unternehmer im Möbeltransportgewerbe haben zum 30. April den Tarif gekündigt. Gegenwärtig finden Tarifverhandlungen zwischen den Unternehmern und dem reformistischen Gesamtverband statt. Es ist damit zu rechnen, daß die Verhandlungsverhandlungen einen erneuten Lohnabbau schmachtlich zu machen.

Demgegenüber haben aber die Funktionäre der Möbeltransportgewerbe im Gesamtverband in ihrer Funktionärerversammlung mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, daß sie — ganz gleich, welche Haltung die Verhandlungsbeteiligten einnehmen wird — gegen jeden neuen Lohnabbau in den Streik treten werden.

Die Unternehmer fordern Herabsetzung des Lohnes für die Tagelohnarbeiter von 9,80 auf 7,50 Mark, für die festangestellten Arbeiter von 49 Mark wöchentlich auf 44 Mark. Alle übrigen Positionen des Tarifs sollen bis zu 50 Prozent abgebaut werden. In der Funktionärerversammlung am 25. April beschließen die Funktionäre auf Vorschlag der Opposition einstimmig, am 2. Mai den Streik durchzuführen, aber den tariflosen Zustand, der beim Scheitern der Tarifverhandlungen eintreten würde, dazu

benutzen wollen, um betriebweise einen Angriff auf die Löhne durchzuführen.

Selbst sozialdemokratische Funktionäre, die bei den letzten Bewegungen noch gegen die Opposition Stellung nahmen, haben erkannt, daß nur die ständige Abwägung aller Bewegungen durch die Gewerkschaftsbürokratie die Unternehmer zu teilen unerschämten Forderungen erzwängen konnte. So erklärte ein sozialdemokratischer Kollege: „Jetzt habe ich die Nase voll von dem ständigen Lohnabbau. Ich sehe ein, daß wir über die Köpfe unserer Führer hinweg die Einheitsfront zum Kampfe schließen müssen.“

Während der „Vormärts“ versucht, das Einheitsfrontangebot der KPD. und der SPD. an die sozialdemokratischen Arbeiter mit häßlichen Glossen abzutun, beweist dieser Ausdruck eines einfachen sozialdemokratischen Betriebsfunktionärs, beweist diese Stellungnahme von Gewerkschaftsfunktionären, daß die sozialdemokratischen und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Bedeutung der roten Einheitsfront begreifen. In alle Köpfe gibt es die Erkenntnis einzuhämmern: Die Schließung der roten Einheitsfront in den Betrieben und Stempelstellen wird jedem Lohn- und Unterstützungsabbau ein Ende bereiten!

„Die SA. ist aufgelöst. Ihre Waffen aber hat sie behalten“

Wo ist diese Wahrheit, die jeder Arbeiter kennt, zu lesen? Im Organ des SPD.-Ministers Severing, im „Vorwärts“ vom 27. April. Also muß es doch wohl stimmen.

Was ergibt sich daraus für jeden Arbeiter? Daß er sich nicht auf die papierene „Auflösung“ der SA. durch den SPD.-Minister Severing verlassen darf, sondern daß er gemeinsam mit uns Kommunisten die rote Kampffront gegen den Hitlerfaschismus und seinen Wegbereiter schmieden muß.

Alles auf Kosten der Eisenbahner!

7 Prozent Dividende — Fahrpreidermäßigungen

Die Verwaltung der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gibt bekannt, daß für das Jahr 1931 7 Prozent Dividende auf die Beteiligungskasse bezahlt werden. Jetzt wissen die Eisenbahner, wieso im letzten Jahr ständige Löhne und Gehälter abgebaut wurden. An die Dividende sicherzustellen, müssen die Eisenbahner hungern.

Gleichzeitig gibt die Reichsbahn bekannt, daß eine Reihe von Verschärfungen im Personenverkehr durchgeführt werden sollen. Die geltenden Zuschläge für Ein- und Schnellzüge werden auf die Hälfte des bisherigen Zuschlages herabgesetzt. Für Sommerurlauberfahrten bei einer Kilometerleistung von mindestens 200 Kilometern werden 20 Prozent Ermäßigung gewährt. Auch für Gemeinschaftsfahrten von Jugendverbänden wird die Ermäßigung vergrößert. Die Monatskarten 2. und 3. Klasse mit Güterbeförderung werden ebenfalls verbilligt, dagegen bleibt der Preis für die Monatskarten 3. Klasse, d. h. also für alle Arbeitermonatskarten, der alte.

„Arbeiterzeitung“ Bremen von Severing-Polizei beschlagnahmt

Bremen, 27. April. Die Nummer 94 der „Arbeiterzeitung“, Bremen, wurde in Wilhelmshaven von der Severingpolizei beschlagnahmt. Als „Grund“ wurde die Ankündigung einer Notversammlung angegeben, die einen Lohnabbau durch die Einführung des Sechsstundentages vorsieht. Als weitere Begründung wurde eine Mitteilung genannt, aus der hervorgeht, daß der Regierungsverwaltung in Aurich, ein Beamter Severings, der Ortsgruppe Bremen der KPD, die Genehmigung zur Maidemonstration unter Hinweis auf das Demonstrierungsverbot Severings unterlag hat!

Polizeiaktion gegen badische KPD-Funktionäre

Karlsruhe, 27. April. Am 25. April wurde gegen die Funktionäre der KPD. und KPD. in Lörrach (Baden) und im Wiesental eine große Polizeiaktion durchgeführt. Meist in Lörrach wurden bei nahezu 80 Funktionären Hausdurchsuchungen vorgenommen. Das Büro der KPD. in Lörrach wurde vier Stunden lang durchsucht. Ausgangspunkt waren die Kriminalbeamten der Polizei des Sozialdemokraten Maier zusammengekommen.

Die Aktion richtete sich gegen die Textilarbeiter in der Gegend von Lörrach, die zum Kampf gegen eine geplante Lohnabbauoffensive der Textilbarone rufen.

Auf der gleichen Linie bewegt sich ein Artikel der amtlichen „Karlsruher Zeitung“. In diesem Heftaufsatz wird der Kampf um die Lebensinteressen der Textilarbeiter als ein „Mittel“ bezeichnet, um Propaganda für die KPD. und die KPD. zu betreiben. Angesichts dieser Höhe und der Polizeiaktionen gegen die KPD. und die KPD. haben die badischen Textilarbeiter beschlossen, nun erst recht den Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau zu organisieren.

Berichtigte Wahlziffern

Bei unseren Vergleichszahlen zum Ergebnis der preussischen Landtagswahlen ist uns infolge eines Fehler unterlaufen, als wir bei den Vergleichszahlen die Ziffern für die ganzen Reichstagswahlkreise angegeben haben, während in einem Reihe von Reichstagswahlkreisen jetzt nur teilweise gewählt wurde, da einzelne Länder keine Wahlen hatten und nur die Wähler in den preussischen Teilen der Wahlkreise an die Urne gingen. Es handelt sich hierbei um folgende Kreise:

Wahlkreis Magdeburg: Landtagswahl 1932: 71 411 Stimmen. Bei den Präsidentenwahlen wurden in dem Teil des Wahlkreises, der jetzt abstimmt, im 1. Wahlgang 82 593, im 2. Wahlgang 82 268 Stimmen für Thälmann abgegeben.

Wahlkreis Westfalen: Landtagswahl 1932: 18 368 Stimmen. Bei den Präsidentenwahlen wurden in dem Teil des Wahlkreises, in dem jetzt gewählt wurde, im 1. Wahlgang 23 761 und im 2. Wahlgang 15 929 Stimmen für Thälmann abgegeben.

Wahlkreis Südhannover: Landtagswahl 1932: 80 064 Stimmen. In dem Teil des Wahlkreises, in dem jetzt gewählt wurde, erhielt bei der Reichspräsidentenwahl Genosse Thälmann im 1. Wahlgang 80 063, im 2. Wahlgang 42 858 Stimmen.

Wahlkreis Westfalen-Nord: Landtagswahl 1932: 131 897 Stimmen. Bei den Präsidentenwahlen wurden wir in dem entsprechenden Teil des Wahlkreises beim 1. Wahlgang 162 738, beim 2. Wahlgang 114 172 Stimmen.

Aus all diesen Resultaten ergibt sich, daß das Stimmenverhältnis gegenüber dem 3. Präsidentenwahlgang sich noch günstiger stellt, als nach den ursprünglich mitgeteilten Zahlen angenommen werden konnte.

Nun
Ein
In
C
nehm
bestät
Schul
mand
Wille
dem
klein
und b
Schw
R
Nazis
Grze
3
Lottie
achter
nisten
am P
Gerich
D
Pletic
in der
anhef
schw
zumite
W
Hilf
Lam er
gehört
stretet
und h
anwak
Sorgen
behrä
eine P
D
des G
vor d
plöht
macht
beeinfl
W
weifun
Dahm
Sie
ket
den
Schulz
ein St
N
an un
Kleinf
geekt
fingen
sich zu
Jeder
zu viel
Ta
des Ju
hörsst
heit un
gelicst
teilen,
sozial
revolut
An
Ittliche
Arbeits
fiele,
Die
Sie ver
Terror
Helfern
Rei
des Ber
Sejang
Um
Der
mit der
KPD. i
feiligen
Koma
Junge
Arbei
Am
19.3
Ma
Red

Ein Klemke-Mörder gesteht:

„Kommune umlegen und dann weg“

In Schützengasse gegen Felsenede — Sturmführer Schulze führte das Kommando — Sensationelle Befundungen über die Polizei

Gestern begann der Felsenede-Prozess mit der Vernehmung des Naziangeklagten Billwood. Seine Aussagen bestätigen ganz einwandfrei, daß der Sturmabteilführer Schulze, der sich heute in Freiheit befindet, das Kommando bei dem SA-Überfall auf Felsenede führte. Billwood hält fest an seiner Behauptung, daß Schulze vor dem Überfall gesagt hat: „Wir haben heute noch eine kleine Sache vor. Wenn wir Kommune treffen, umlegen und dann weg. Die Polizei soll sich wundern, wenn etwas Schwarzes auf der Straße liegt.“

Besonders wichtig erscheinen uns die Aussagen des Naziangeklagten Billwood über das Verhalten der Polizei Grzejniskis.

Zu Beginn fragt der Staatsanwalt den angeklagten Kolontzen, Dr. Brasse, warum den Angeklagten „Völkischer Beobachter“ und „Angriff“ zugestellt wird, während man den Kolontzen die Aushändigung der „Roten Fahne“ und der „Berlin am Morgen“ verweigert. Stenig erklärt, dies interessiere das Gericht nicht.

Dann erhebt sich der Naziverteidiger, die George-Groß-Figur Mettenberg, und höhnt, man wolle ihn mit Tendenzmeldungen in der Linkspresse mundtot machen. Das tut er wohl, weil ihm anscheinend darüber, daß von den Verfahren, die gegen ihn schweben, die Öffentlichkeit unterrichtet wurde, nicht ganz wohl zumute ist.

Billwood, ein Kleinbäckerlehrling, ist aus der nationalsozialistischen Schülerbewegung hervorgegangen. Von der Hitlerjugend kam er in die SA. Nach den Aussagen seiner Kameraden gehört er zu denjenigen, die auf Klemke einwirkten. Er selbst freit das ab. Dagegen belastet er die übrigen Naziangeklagten und besonders den Sturmführer Schulze. Dem Herrn Staatsanwalt Stenig wie den Naziverteidigern schenkt Billwood große Sorgen zu bereiten. Die Naziverteidigung versucht ihn als geistig beschränkt hinzustellen. Während seiner Vernehmung wird öfter eine Pause eingelegt, damit er sich erholen kann.

Die in der Einleitung bereits erwähnte Morbauufforderung des Sturmführers Schulze hat Billwood, wie er aussagt, bestimmt vor dem Marsch gegen Felsenede gehört. Heute will er sich plöcklich „nicht mehr genau besinnen können“, wann es war. Er macht den Eindruck, als wenn er von anderer Seite inzwischen beeinflusst wurde.

Auf dem Wege nach Felsenede, berichtet Billwood, ist die Anweisung gegeben worden, möglichst leise zu marschieren. Bis zum Bahnhof habe die Polizei den Nazitrupp begleitet.

Hier sei dann das Kommando ertönt: „Schützengasse bilden!“ Dieser Aufforderung sei unter den Augen des Überfallkommandos gefolgt worden.

Schulze habe sich dabei lachend zu Billwood geäußert: „Das war ein Stich für die Polizei.“

Nach der Schilderung Billwoods hat sich der niehische Mord an unserem Genossen Klemke folgenbereinigt zugetragen. Als Klemke auf die Straße trat, ist ihm der Nazi Knuth entgegengekommen und hat ihn nach der Parole gefragt. Strauch und Großfingern dann an, auf Klemke mit Stahlruten einzuprügeln. Klemke fiel zu Boden und ward von einer ganzen Horde Nazis umringt. Jeder prügelte auf ihn ein. Das war dem Billwood dann selbst zu viel.

Maispende

für unsere proletarischen Gefangenen

Tausende von roten Wahlhelfern, Mitgliedern der Partei, des Jugendverbandes, parteilose Arbeiter, haben unter dem schärfsten Terror der Klassenfeinde mit revolutionärer Entschlossenheit und Kühnheit die Wahlarbeit für die Partei des Proletariats geleistet. Hunderte roter Wahlhelfer wurden beim Flugblattverteilern, bei den Kampfaufmärschen, bei der Abwehr der nationalsozialistischen Überfälle auf die roten Wahlhelferlokale und auf revolutionäre Arbeiter verhaftet.

In den Gefängnissen der 14 im Wahlkampf von den nationalsozialistischen Mordbanditen gemachten Klassengefangenen, der vier Arbeiter, die im Wahlkampf den Augen der Polizei zum Opfer fielen, senken wir unsere roten Fahnen.

Die Klassenbewußte Arbeiterklasse gedenkt ihrer Gefangenen. Sie vergißt nicht die Hinterbliebenen der Opfer des faschistischen Terrors. Sie übt Solidarität mit den verhafteten roten Wahlhelfern.

Kein verhafteter roter Wahlhelfer darf im Kerker das Gefühl des Verlassenheitens haben. Die Frauen und Kinder der politischen Gefangenen und der Ermordeten dürfen nicht Hunger leiden.

Am 1. Mai gibt deshalb jeder Arbeiter, jede Arbeiterin die Maispende für unsere Gefangenen!

Der 1. Mai, der Weltkampftag des Proletariats, ist ein Tag der Massensolidarität mit den eingekerkerten Klassenkämpfern, mit den Opfern des faschistischen Terrors. Alle Mitglieder der KPD und des Jugendverbandes, alle Rote-Hilfe-Genossen beteiligen sich am 1. Mai an der Massensolidaritätsaktion.

Kommunistische Partei, Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, Rote Hilfe, Berlin-Brandenburg-Kommern.

Jungerwerbslosen-Kundgebung gegen Arbeitsdienstpflicht

Am Freitag, dem 29. April, in den Andraas-Feststätten, um 19,30 Uhr, Es spricht: Hans Schröter. Marie Juchacz ist schriftlich eingeladen. Ständige Redezeit ist ihr zugesichert. Eintritt frei.

Als er seine Kumpare zurückhalten wollte, habe man ihm auf die Hand geschlagen.

Plötzlich sei ein Mann mit einer Pistole aufgetaucht und habe den am Boden liegenden Klemke erschossen. Auch dann wurde Klemke noch geschlagen und mit Füßen getreten. Bei dieser Aussage Billwoods hört man im Zuschauerraum empörte Pfl-Kufe.

Während Billwood noch vor dem Untersuchungsrichter den Schützen genau beschrieb und den Posthelfer Dietrich als Täter bezeichnete, will er sich „heute nicht mehr erinnern“ können.

Nach dem Schuß haben sich auf ein Pfeifensignal alle SA-Leute gesammelt und seien in Reih und Glied angetreten. Dann sei das Überfallkommando gekommen. Nachdem die Polizisten fragten, wer hier sei, und den Bescheid erteilten: Nazis.

haben sie die Nazis nicht etwa verhaftet, sondern fortgejagt.

Billwood teilt noch mit, auf dem Marsch nach „Felsenede“ sei die Anweisung erteilt worden, Laternen auszuschmeißen.

Inzwischen wird nochmals der Nazi Strauch vernommen.

Während er vorher abgestritten hatte, daß er auf Klemke gepöbeln hat, gibt er das jetzt jögernd zu. Unter anderem bestätigt er, daß er auch dann noch einen Schlag auf Klemke geführt hat, als dieser schon auf der Erde lag.

Als der Vorsitzende Strauch vorhält, warum er seine Stahlrute, die er beim Erscheinen der Polizei im Lokal Bergschick versteckt, später nicht mitnahm, antwortete dieser:

„Da hatten wir ja polizeilichen Schutz.“

Mit dieser Antwort und mit der Aussage des Nazi-Angeklagten Billwood wird also gesagt, daß die Polizei Grzejniskis, obwohl Demonstrationsverbot bestand, einen geschlossenen marschierenden Nazi-Zug bis nach „Felsenede“ begleitete.

Auch der vierte Verhandlungstag im „Felsenede“-Prozess hat mit aller Klarheit bewiesen, daß die Nazis einen planmäßigen Überfall auf die Laubentkolonie durchführten, daß sie die Anweisung waren, und daß die Bewohner der Kolonie sich im Recht der Notwehr befanden. Wir fordern die sofortige Freilassung der angeklagten „Felsenede“-Kolontzen!

„Heil Moskau“! Hier Zelle Lippehner Straße

Jungkommunisten aus dem Berliner Nordosten berichten:

Die Zelle 323 unseres UB ist verammelt. Ein Genosse spricht über die Auswertung der Preußenwahl. Plötzlich geht die Tür auf und 12 Jungen, an der Spitze ein Mädel, marschieren herein.

„Die Zelle Lippehner Straße begrüßt die Genossen mit einem kräftigen „Heil Moskau!“

Erstmal sehen wir uns gegenseitig an. Nanu: Zelle Lippehner Straße, davon haben wir ja noch nie etwas gehört. So etwas gibt es doch bei uns gar nicht.

Aber wir werden bald belehrt. Jawohl, es gibt seit heute eine Zelle des kommunistischen Jugendverbandes in der Lippehner Straße. 12 junge Arbeiter, vorher noch nie politisch organisiert, sind in den KPD eingetreten. Einen Tag

nach der Wahl. Wir haben eine neue Position erobert. Das beweist, daß die Sympathien der Jungarbeiter auf unserer Seite sind und wir bei guter Arbeit Erfolge erzielen.

Wie ist die neue Zelle entstanden? Die 12 Jungarbeiter haben sich während der Preußenwahl im Lokal der Partei als rote Wahlhelfer gemeldet. Eine Jugendgenossin, die in der Lippehner Straße wohnt, hat die Jungarbeiter sofort zusammengeführt und mit ihnen die Wahlarbeit geschlossen durchgeführt. Während der Agitation gelang es ihr, sie zu überzeugen, daß sie Mitglieder der KPD werden müssen.

Die Genossen haben sich jetzt als neue Zelle des KPD in der Lippehner Straße zusammengeschlossen. Wir sind also in ein Gebiet, in dem bisher die Faschisten mit beispielloser Frechheit auftraten, eingebunden. Wir werden unsere neue Position festigen und weiter vorstoßen.“

Ein Greis im Keller verhungert

Das furchtbare Ende des 71jährigen Rentners Oskar Sch

Im Viertel der Wohlhabenden Schönbergs, in der Schwabische Straße 5, fanden Hausbewohner den 71jährigen Rentner Oskar Sch, der hier in einem Kellerloch wohnte, tot auf.

In diesem Haus, wo jeder, der nicht im Besitz eines Anzuges nach dem neuesten Schnitt ist, den Hintereingang benutzen muß, wo eine Familie sechs Zimmer bewohnt, wo die Hunde der Herrschaften in seidenen Betten schlafen und mit teuren Delikatessen gefüttert werden, wo im zweiten Stock eine Sechszimmerwohnung freilicht, vegetierte Oskar Schulz seit Jahren in einem finsternen, trostlosen Kellerloch. Ein einfacher Bretterverschlag, das war seine Wohnung.

Stodfenster ist es in dem Raum. Die kleine Oule, die sich an der Decke befindet, läßt weder Licht noch Luft hinein. Kein Ofen, keine Wasserleitung, kein Gas und kein elektrisches Licht.

Fündet man eine Kerze an, so bietet sich einem ein furchtbares Bild. Mitten im Gang liegt der Tote. Links ein Bett mit Lumpen bedeckt, das von Ungeziefer wimmelt. Überall Äpfel, zerbrochene Möbelstücke und Gerümpel. An der Bretterwand, an einem rostigen Haken, hängen ein paar abgetragene Sachen. Vom Eingang pfeift der Wind. Die Luft ist feucht und kalt. Erbschälbernd ist, was ein Dienstmädchen, das ich hier unter treffe, erzählt.

„Mir selten hielt sich Schulz in diesem elenden Stall auf. Immer traf man ihn draußen, weil ihm die Behausung zuwider war. Ob Sommer oder Winter, immer ist es hier unten kalt und naß. Vor 14 Tagen sprach ich ihn noch und da klagte er, daß er manchmal vor Kälte nicht schlafen könne. Etwas über 30. März im Monat hat er vom Wohlfahrtsamt bekommen. Davon mußte er monatlich drei Mark Miete zahlen. Wochenlang hat er oft keinen warmen Bissen zu sich genommen. Er kam mit den paar

Pfennigen einfach nicht aus. Und das bißchen Schmalz, Brot, Margarine, bewahrte er, weil im Keller Ratten sind, im Klosett auf, das eine halbe Treppe höher liegt.

Einmal war er krank und lag wie tot da. Aber der Arzt, der kam, weigerte sich, in den finsternen Stall zu gehen.

Das Wohlfahrtsamt wußte, wie Schulz hauste, hat aber nichts unternommen. Ja, der alte Mann ist hier einfach verkommen.“ Am Wahltag sagte Schulz zu seinem Bekannten: „Jetzt gehe ich wählen. Aber nur Liste 4 kommt in Frage. Denn sind die Kommunisten erst dran, bestimmt lassen sie mich nicht wie ein Stück Vieh verrecken.“

Doppelselbstmord in Brik

In den Tod gegangen, weil das Wohlfahrtsamt einen Antrag ablehnte

Ein erschütternder Doppelselbstmord wurde gestern in Brik, Haselener Straße 76, entdeckt. Dort wohnt der Wohlfahrtsempfänger Ring; zusammen mit seiner Frau ist er durch Bergigung in den Tod gegangen, weil am vergangenen Freitag sein Antrag vom Wohlfahrtsamt abgewiesen worden war. Schon am Sonntag wurde Ring vermißt, als er als Wahlvorsteher der Sozialdemokratischen Partei im Wahllokal erscheinen sollte. Doch hatte sich aufeinander niemand um den Vermißten sozialdemokratischen Arbeiter gekümmert. Erst gestern, als die Polizei in die Wohnung eindrang, wurde der Selbstmord festgestellt. Die „Rote Fahne“ wird inzwischen noch Ermittlungen anstellen und morgen noch ausführlich über diese Tragödie eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsverwerbslosen berichten.

Mit Brot?

Der Straßenbahnführer Wilhelm M. ist müde von seinem Dienst heimgekehrt. Nachdenklich zieht er sich die Stiefel aus, wirft seine Uniformjacke über den Stuhl und jündet sich die Pfeife an. Nach dem stundenlangen Stehen im Dienst tut das wohl, ein Bißchen ausruhen zu können. Von dem Klingeln und Lärmen der der Bahnen sind die Ohren noch heiß laub.

Wilhelm langt nach der Zeitung, die ein Fahrgast liegen ließ und die er mitnahm. Im Stuhl zurückgelehnt, die Beine ausgestreckt, blättert er zerstreut in der Zeitung herum. Da fällt ihm plötzlich Gespräch ein, daß er während der Pause mit seinem Kollegen Max, dem Schaffner, führte. Sie werden am 1. Mai beide dienstfrei haben, und Max will mit der KPD demonstrieren.

Wilhelm faugt, in Gedanken vertieft, an der Pfeife. „Mit wem werde ich demonstrieren?“

Im Spiegel über der Kommode erblickt er, den Kopf halblinks wendend, sich selber: mit magerem Gesicht, übermüdet, abgearbeitet, erschöpft. Das Hemd am Ärmel ist zerzissen. „Ob ich's wirklich noch mal versuche und mit der SPD mitgehe in den Lustgarten? Wer wird denn da überhaupt von uns hingehen. Die Bonzen. — Klar! Der Brot auch...“

Wilhelm rückt unbehaglich auf dem Stuhl hin und her. „Möglichlich komm ich denn noch neben diesen biden Brot zu marschieren, ausgerechnet!“

Wilhelm versucht wieder in der Zeitung zu lesen. Aber er wird den Gedanken nicht los, wie das aussähe: er, Wilhelm, neben dem biden Brot mit den seidenen Hemden im Lustgarten... „Mensch, det wäre ein Bild zum Lachen!“ Zum Lachen? „Ne!“ Wilhelm wird etwas rot im Gesicht bei dieser Vorstellung. „Nee, nie wieder — ich — ich geh mit Maxen zusammen in Lustgarten. Mit den Kommunisten... jawoll!“

Scholz im Sklarek-Prozess

Sklareks Jagd in Waren — Zusammenstoß zwischen Sklarek und Scholz

Im Sklarek-Prozess, der inzwischen zu einer ständigen Berliner Einrichtung geworden ist, gab es aus diesem Film schlimmster kommunaler Korruption gestern einen kleinen Ausschütt über die oft genannte Sklarek-Jagd in Waren. Bürgermeister Scholz war abemals als Zeuge erschienen.

Zunächst wurde der Führer Böner, der die Sklarek-Jagd in Waren verwaltete, vernommen. Vorsitzender: „Hat denn Willi Sklarek überhaupt etwas geschossen?“ Zeuge: „Ja, einen Hahn, aber nur aus Versehen.“ Vorsitzender: „Hat auch Leo Sklarek geschossen?“ Zeuge: „Nein, er schoß überhaupt nicht, aber er trug immer ein Gewehr mit sich herum.“

Um die Kommunalbürokraten, deren sie sich bedienten, durch Einladungen zu fördern, brauchten die Sklareks die Jagd. Der Stadtbauamtsdirektor Schmidt war etwa 15 bis 20 mal in Waren. Auch der Bürgermeister Scholz ist des öfteren eingeladen worden, behauptet aber, die Einladungen abgelehnt zu haben.

Während der Vernehmung von Scholz mußte Leo Sklarek den Saal verlassen, weil heftige Zusammenstöße zwischen ihm und Scholz vermeiden werden sollten. Dennoch schrie Sklarek im Hinausgehen auf Scholz deutend: „Der eigene Vorsitzende der Volkspartei hat ihn ja einen Leichenlücher genannt!“

Von drei Fiskern empfangen

Am Montag hatte der Arbeiter Otto Hoppe seine 14-monatige Strafe verbüßt. Die Pöhlener Gefängnisverwaltung glaubte durch vorzeitige Entlassung jede Begrüßung unseres entlassenen Genossen verhindern zu können. Die Arbeiterjugend hatte sich aber schon längere Zeit vor der festgesetzten Stunde eingefunden. Obwohl drei Fisker fortwährend in der Umgebung des Gefängnisses herumführten, um die Straßen zu „säubern“, wurde Genosse Hoppe vor den Gefängnistoren stürmisch begrüßt.

Der Kampf der Roten Hilfe um die Volkamnestie geht unermüdlich weiter.

Schüler tödlich überfahren

Der Schüler Lothar Wehrhahn, der von einem Trecker mit Anhängern in der Nonnendammallee überfahren wurde, ist im Krankenhaus Westend seinen Verletzungen erlegen. Die Leiche wurde beklagungsamtlich.

Tot auf der Straße umgefallen

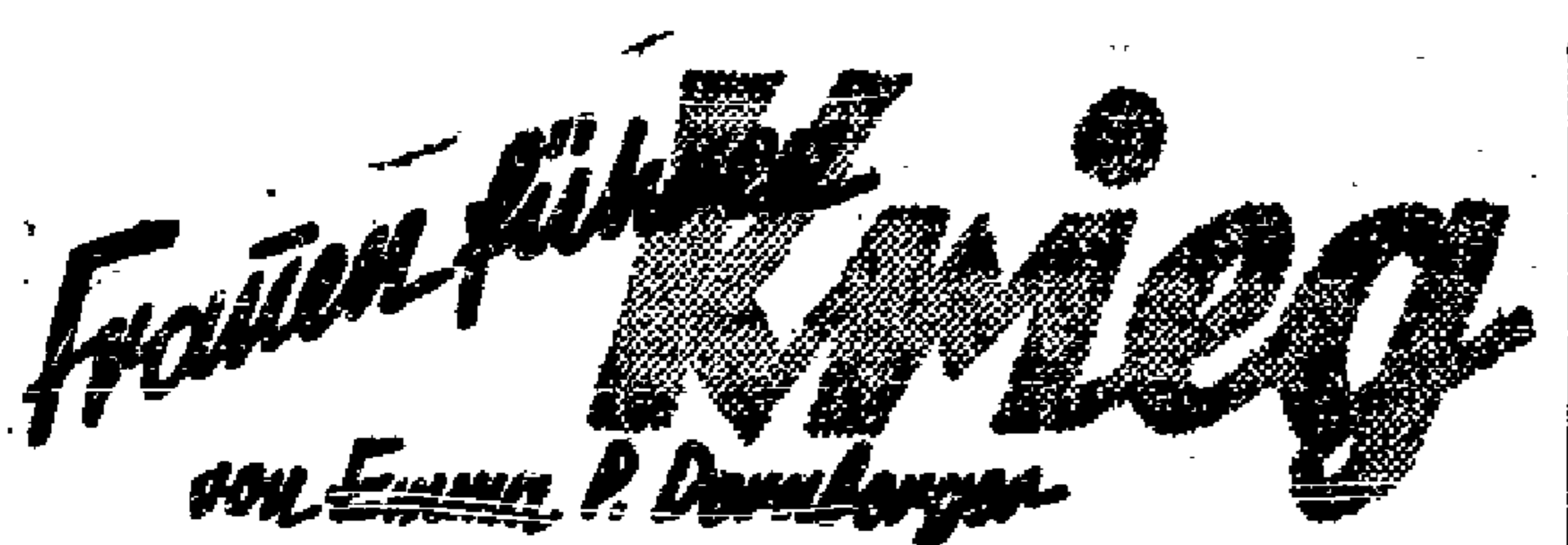
Gestern vormittag fiel vor dem Hause Immanuelstraße 23 die 70jährige Frau F. Leischer aus der Lippehner Straße 31 infolge Herzschlags tot um. Die Leiche wurde dem Schauhause übergeben.

UNSERE TOTEN

Am Sonnabend, dem 23. April, verstarb unsere liebe Genossin Albertine Bahst im Alter von 67 Jahren. Sie war länger als 20 Jahre politisch organisiert, zuerst in der SPD, dann in der KPD, und vom Parteitag in Bonn Mitglied der KPD. Und allen war sie ein leuchtendes Vorbild in jeder Beziehung. Noch als Kranke arbeitete sie unter Aufsicht aller Kraft für die Bewegung, die unsere Genossin über alles liebte. Die Genossin war uns als einfache Arbeiterfrau noch mehr als ein Mitglied, sie war das, was man einen namenlosen Führer nennt. Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 29. April, um 16 Uhr, im Krematorium Baumhüttenweg statt. Die Genossin ist tot, aber wir werden in ihrem Geiste weiterkämpfen. KPD, unterbreitet Du, Seite 518.

Die Arbeiterkrankheit entzweit uns, die langjährige Partei- und Roten-Hilfe-Genossin Gertrud Wotze, Bielefeldstr. 50. Trotz ihrer schweren Krankheit kämpfte sie stets aktiv für ihre Kameraden und unsere politischen Gefangenen. Die Einäscherung hat am 14. April im Baumhüttenweg stattgefunden. Wir werden ihrer immer gedenken. Rote Hilfe, Ostgruppe 14.

Als Opfer des Krieges starb am Donnerstag, dem 14. April, der Genosse Guitta Franke, Bielefeldstr. 43, im Alter von 48 Jahren, der bis zum Ausbruch seiner schweren Krankheit aktiv in unseren Reihen arbeitete. Einer der Besten ist von uns gegangen. Ehre seinem Unsterblichen. Die Einäscherung hat am Dienstag, dem 19. April, in der Gertrudstraße stattgefunden. KPD, u. S. G. Rote Hilfe, Ostgruppe 14.



13. Fortsetzung.

Nach drei Wochen verständig der Herr Oberstleutnant wieder aus Loisy. Nun brauchte er sich nicht mehr über das blöde Mädchen in der Ortskommandantur zu ärgern, die noch nicht einmal „Herr Oberstleutnant“ sagen konnte. Jetzt konnte er sein Vergnügen wieder bei den „Reels“ haben.

Bald darauf wurde auch Luise verlegt, nach dem nächsten Ort Brizy. Ungefähr tausend Einwohner zählte das Dörfchen. Es hatte den Krieg bereits 1915 hat zu spüren bekommen. Ein Teil der Häuser war zerstört und niedergebrannt. Hier war ein Lebensmitteldepot, eine Telegraphenzentrale und ein Soldatenheim.

Luise wurde wieder in ein Privatquartier gebracht, in ein sehr anständiges Zimmer zu ebener Erde. Die Partetterräume der Häuser waren größtenteils von Deutschen besetzt, während die Eigentümer der Häuser beziehungsweise deren Angehörige in den Dachkammern hausen mußten. In dem großen luftigen Zimmer stand ein französisches Bett, das nach deutschen Verhältnissen außerordentlich breit ist. Es war mit frischem Wollen überzogen. Sie fühlte sich hier ganz wohl. Des Abends sprach sie den Eltern oder den Freunden an der Front. Von Paul hatte sie noch keine Nachricht. Sicher hat er nach Loisy geschrieben, dachte Luise, und die Bände hat mir den Brief nicht nachgeschickt.

Wo steht er nun?

Schnell angefreundet hatte sie sich mit den Kindern im Hause. Sie verstanden die deutsche Sprache durch die jahrelange Besetzung ganz gut. Die Kleinen kamen fast jeden Abend zu ihr. Wünsche und Fragen hatten sie so viel! — Seit langem gab es keine Schulen mehr. Manchmal, wenn zufällig in einem nahegelegenen Orte eine Schule von den Deutschen geräumt wurde, konnten die Kinder ein paar Stunden Unterricht bekommen. Meist war es aber ein langer Weg, den sie zurücklegen mußten. Die Einzelkinder führten

„Wir winseln nicht!“

Die Schlussworte der angeklagten Aufständischen im Richardstraße-Prozess

Im Prozess wegen der Vorfälle in der Richardstraße in Neubölln hielten gestern die angeklagten Arbeiter die Schlussworte. Ausrecht traten sie als klassenbewusste Proletarier dem Gericht und dem Staatsanwalt, der 15 Jahre Zuchthaus und 24 Jahre Gefängnis beantragt hatte, entgegen. Die Ausführungen des angeklagten Arbeiters Beutler machten den stärksten Eindruck.

Beutler sagte u. a.: „Der Staatsanwalt hat in seinem Plädoyer der Polizei für ihre eifrigen Nachforschungen gedankt. Bei den Nationalsozialisten hat die Polizei nie so eifrig nachgeforscht. Ich muß an die Taten des Sturm 33 erinnern. Als die unseren Jugendgenossen hinhinmordeten, hat man später den Ausreden der Nazis geglaubt. Den Hahn und Matkowsky hat man jodelnd Zeit gelassen, daß sie flüchten konnten. Uns Kommunisten jedoch glaubt man nie.“

Beutler weist auf Helsen und Grönlund hin und fährt fort: „Wir werden nicht winseln. Fürter denn je werden wir kämpfen. Wenn sie mich zu zwei Jahren Gefängnis verurteilen, werde ich

sie ruhig abmachen. Ich weiß, daß die Räder andere Genossen tausendfach füllen werden und es wird der Tag kommen, an dem der Damm, den der Staatsanwalt gefordert hat, vom revolutionären Proletariat überflutet werden wird.“

Aus dem Zuschauerraum und von der Angeklagtenbank hört man Bravorufe. Als der Vorsitzende fragte, wer gerufen hat, meldet sich der angeklagte Arbeiter Glosfeld. Der Vorfall wird gemessenhaft protokolliert.

Deig schildert noch einmal den Terror der Nazis, durch den die Protestdemonstration entstand. Fiedler sagt, daß 60 Prozent der hier Angeklagten gar nicht an der Demonstration beteiligt waren.

Glosfeld betont, daß er an der Demonstration nicht teilgenommen hat:

„Ich habe aber das Recht, zu demonstrieren!“ ruft er.

Auch die übrigen angeklagten Arbeiter verhalten sich tapfer. Die Urteilsverkündung ist vor Sonnabend nicht zu erwarten.

Die Verhandlung beginnt am Sonnabend um 9.30 in der Turmstraße 91, im Saal 406.

7 Stunden Warten auf dem Wohlfahrtsamt

Massenablehnung der Anträge — Eine Frau bricht zusammen — Geschlossener Protest der Erwerbslosen

Auf dem Wohlfahrtsamt Prenzlauer Berg war gestern wieder Hochbetrieb — in der Ablehnung gestellter Anträge. Nachdem die Erwerbslosen vier und mehr Stunden auf Abfertigung gewartet hatten, mußte jeder zweite wieder gehen mit der Bemerkung: „Abgelehnt.“ Dazu kam es neben dieser Massenablehnung dauernd zu rüchschiffslosen Hebergriffen der Wohlfahrtsbeamten, was den schärfsten Protest der Erwerbslosen herausforderte.

„Aus Zimmer 118“, so schreibt uns ein Erwerbsloser, „rief einer dieser Beamten dem erregten Antragsteller nach: „Hörfeigen, die können Sie bekommen.“ Der Antragsteller ging zurück ins Zimmer 118. Schnell riegelte einer der Beamten die Tür ab, so daß der Erwerbslose sich plötzlich umringt sah von Waghalsen-angehörigen. Erst als die draußen wartenden Erwerbslosen mit ihren Fäusten stürmisch gegen die Tür trommelten, um den Kollegen zu befreien, ließen die Beamten den Antragsteller wieder

heraus. Wegen dieses Vorfalles entstand ein großer Tumult auf dem Wohlfahrtsamt. Eine Frau wurde dabei ohnmächtig. Der gerufene Sanitäter kam aber der Frau nicht zu Hilfe. Die Erwerbslosen selber mußten die Kollegin in das Zimmer hineinbringen. Ein ähnlicher Vorfall wie im Zimmer 113 ereignete sich auch im nächsten Raum 114. Dort war der Antrag eines Erwerbslosen auf

Zeitzeug für sein krankes Kind rüchschiffslos abgewiesen worden. Weil er protestierte, wurde die Polizei von der Beamten gerufen.

Ich selbst mußte auf dem Wohlfahrtsamt von 8.30 Uhr bis 15.30 Uhr warten. Sieben Stunden warten, ohne etwas im Magen! Und das nennt sich „Wohlfahrtsamt“! Aber wir werden uns nicht mehr lange in dieser Art abweisen lassen. Wir werden jetzt bei allen Vorkommnissen auf dem Wohlfahrtsamt geschlossen miteinander und für einander auftreten.“ Thomas L.

Christliche Nächstenliebe

Wie ein Pfarrer um den Preis einer Grabstelle handelt

Am Mittwoch, dem 20. April, verstarb unser Jugendgenosse Gerhart Bod. Da der Genosse keiner Krankenkasse oder Bekleidungsorganisation angehörte, waren die Eltern gezwungen, sich einen Sarg zu leihen. Der Händler gab den Sarg ohne jede Anzahlung. Da der Vater in der UG beschäftigt ist, aber nur 22 Mark verdient, wovon 7 Personen leben müssen, gab ihm der Händler den Rat, es doch mal bei der Sophiengemeinde um Herabgabe einer Freistelle zu versuchen.

Der Pfarrer höhnte verwies die Eltern an den Pfarrer Luze. Derselbe wieder konnte angeblich auch nichts unternehmen und verwies die Eltern zum Superintendenten in der Sophienstraße. Der gab den Eltern einen nichtsagenden Brief mit und sagte: „Vertrauen Sie sich, der liebe Gott wird Ihnen weiter helfen.“ Beim Pfarrer Luze angekommen, hat der Pfarrer, doch die

Stelle auf Abzahlung zu nehmen und jede Woche 10 Mark zu zahlen.

Da der Sarghändler bereits jede Woche 10 Mark bekommt, was es den Eltern nicht möglich, das Geld aufzubringen. Durch die Solidarität der Parteigenossen konnten wir das Geld für die Stelle aufbringen, und der Pfarrer wurde abgefagt.

Am 24. erschien bei den Eltern eine Schwester der Gemeinde und bat die Eltern, doch den Pfarrer zu nehmen, da der Sohn ohne den Segen Gottes nicht beerdigt werden kann. Die Eltern lehnten auf Grund der Vorkommnisse das Angebot ab.

Am 25. wurde der Genosse beerdigt. Erst wollte man das Entrollen der Särge verbieten, dann gestattete man keine Kreuze und senkte den Sarg gleich in die Gruft. Als wir uns vom Genossen Gerhart mit einem „Rot Front“ verabschiedeten, drohte der Inspektor den Friedhof räumen zu lassen. Empörte Zwischenrufe der Versammelten war die Antwort.

Die bei der Beerdigung Anwesenden sagten, daß sie jetzt endgültig ihre Nase von der christlichen Nächstenliebe voll haben und nie mehr zur Kirche gehen werden. Der Vater meldet aus Protest seine Kinder vom Religionsunterricht ab und tritt mit seiner ganzen Familie aus der Kirche aus. Erich U.

ein trauriges Dasein und waren oft der Verweiflung nahe. Jungen und Mädchen mußten sich der deutschen Ortskommandantur zur Feindarbeit zur Verfügung stellen. Frühmorgens hieß es dann für die kleinen Gefangenen — gerade so wurden sie behandelt, —: „Abzählen, vor einem Tisch aufstellen und den Namen nennen.“ Deutsche Bürokratie und Altkriegsstand machten sich auch hier breit. Dann ging hinaus aufs Feld in Begleitung zweier Soldaten. Ob da die Sonne brannte oder es es regnete, das war ganz gleich. Die halbwüchsigen mußten auf den Feldern kauftun. Da wurde ge-graben, Unkraut gejätet, gehackt und gepflügt und die Ernte herbeingebracht. — Arbeitsdienstpflicht! —

Auch die Frauen mußten während der Ernte mitarbeiten. Am Spätabend kamen sie heim, das Gesicht von der Sonne verbrannt, die Haare und die Kopftücher naß von Schweiß. In Kolonnen zogen sie vor die Kommandantur, ein Feldwebel sprach ihren Namen auf und dann durften sie wieder abtreten — bis zum anderen Morgen. Jeden Tag dasselbe. Eine ganz geringe Entschädigung wurde dafür gezahlt.

Nicht nur die Menschen, sondern auch die Führer und die Mitkämpfer jedes einzelnen Dorfbewohners waren in der Kommandantur genau registriert. Eier und Butter mußten jeden Tag entsprechend der vorgeschriebenen Ration abgeliefert werden. Kriegskontrolle an das deutsche Heer? Selbstverständlich. Das Land mußte doch seine „Gäste“ ernähren.

Luise hatte die Aufgabe, diese Lebensmittel entgegenzunehmen und darüber Buch und Kontrolle zu führen. Aber, Luise hatte ein weiches Herz. Luise sah in den abgehärmten Frauen und in deren Kindern nicht ihre Feinde. Die Kommandantur hatte in ihr den Bod zum Gärtner gemacht. Und das war gut so. Luises Freundschaft mit den Kindern und die daraus gewonnene Kenntnis von den Verhältnissen der einzelnen Familien war der Grund dafür, daß sie oftmals zwei Eier oder ein halbes Pfund Butter im Korbe der Heberbringer wiederbrachte. Die kleinen Kinder flüsteren: „Mazel Mademaiselle, je vous remercie de tous mon coeur.“

Luise lächelte. Wenn es herausgefunden wäre, hätte es einen großen Skandal gegeben. Aber tausend Schimpfwörter hätte sie entgegen genommen für die Worte der Kinder, für die dankbaren Blicke aus Kinderäugen. Auch unter den Frauen hatte es sich bald herumgesprochen, wer die Wohltäterin war. So wurde Mademaiselle Luise der Liebling des Dorfes. Abends holten sie die Kinder vom Büro ab. Sie warteten, bis sie gegessen hatte und gingen dann mit ihr spazieren. Nach der

großen Wiese hinter dem Dorfe oder in den nahen Wald. Dort pflückten sie Blumen, woben einen Kranz den sie der Mademaiselle auflegten und spielten und lachten zusammen. Mademaiselle mußte lernen, „la fleur“ und die Kinder lernten, „die Blume“ sagen.

Doch nicht lange dauerte dieses Spiel. Um neun Uhr mußte jeder Franzose zu Hause sein. Keiner durfte mehr auf der Straße angetroffen werden. Auch Luise ging dann in ihr Zimmer und schlief.

Ein Offizier, ein großer schmächtiger Kerl mit einer schwarzen Mütze unter der Nase, einem Monotel und einem Korsett, diktierte Luise Befehle und Bekanntmachungen. Irrsinniges Zeug hatte sie da zu schreiben neben ihren Lebensmittelkarten und Lohnlisten für die Ortsarbeiter.

So war ein Tag wie der andere. Manchmal wurden dringende Bekanntmachungen die die Ersatztruppenteile angingen, und mit der Lage an der Front zusammenhängenden, telegrafisch aufgenommen und an die nächsten Instanzen weiter geleitet. Oft drummeten des Nachts die Mäler über dem Hause. Ob deutsche oder französische wußte niemand und manchmal hörte man ganz von ferne das Pröhen und Rumoren der Artillerie. Es grölte dunnf wie ein herausziehendes Gemitter. Wie ein schwerer Alpdruck lastete es auf den Gemütern der Menschen, die das Ende herbeisehnten, so wie die Erde unter wochenlanger Hitze nach Regen schmachtet. . .

Am Ende des Dorfes befand sich das Soldatenheim. Man war gerade dabei, die Fassade grün zu streichen und das ganze etwas frisch und freundlich zu machen. Die Arbeiter des Dorfes, die ganz alten Männer und die Jünglinge, deren Beschäftigung es bereits vor dem Kriege war, neben ihrer Landarbeit Körbe und Stühle zu flechten, stellten für das Soldatenheim schöne Korbmöbel her und beklebten die unteren Teile der Wände mit Nahrungsflecht. Das sah sehr nett aus.

Im Soldatenheim, das etwas größer war als jenes in Loisy, war immer Betrieb. Stet wurde gekloppt, Schach und Dame gespielt, diskutiert und von der Heimat gesprochen.

Der immer wiederkehrende Refrain eines jeden Gespräches war die Frage: „Wann wird der Krieg zu Ende gehen?“

„Wo, was glaubst du, wird der Schlamm aufhören?“ fragte ein alter bärtiger Landsturmann Luise.

„Na, wenn ich's schon wissen werdet!“ antwortete sie. „Vielleicht hört's auch so auf, weil wir die Front nicht halten können und weil keine Munition und nichts mehr zu fressen da ist.“

Fortsetzung folgt

ROTER SPORT



Die Groß Berliner Funktionärkonferenz

zur Arbeitsdienstplicht und Verstaatlichung der Jugendorganisationen, zu den Aufgaben der roten Sportler nach den Wahlen

Am Dienstag, dem 26. ds. Mts., nahmen die roten Sportfunktionäre Groß-Berlins in einer überfüllten Konferenz Stellung zur sportpolitischen Lage. In der Einleitung wies der Genosse Klotzer auf die hinter uns liegenden Kämpfe hin. Durch Erheben von den Plätzen gedachten die Funktionäre der im Kampf gefallenen proletarischen Freiheitskämpfer.

Hierauf nahm Genosse Grube das Wort zu seinem Referat, in dem er u. a. ausführte: Die Entscheidungen fallen nicht im Parlament. Nicht die Zahl der Ministerstühle, die die Hitler und Meißner erhalten, sind das Entscheidende. Zum Teil sind das Lenkungsmandate, um die Arbeiterklasse von der Durchführung der notwendigen außerparlamentarischen Kämpfe zurückzuhalten.

Jetzt gibt es die Werkstätten zu mobilisieren zum Kampf gegen den Lohnabbau, gegen den Faschismus, gegen den imperialistischen Krieg.

Für die roten Sportler steht im Vordergrund der scharfe Kampf gegen die Arbeitsdienstplicht, gegen die Verstaatlichung der Jugendorganisationen, für die Herstellung der roten Einheitsfront.

Nach dem mit großem Beifall ausgenommenen Referat ergänzten und unterstrichen die Diskussionsredner die Ausführungen des Referenten. Besonders bemerkenswert war der Bericht des Genossen Lührer, des Delegationsführers der Schwerathleten, die vor einigen Tagen aus der Sowjetunion zurückkehrten. Treffend zeigte er auf, daß nur im sozialistischen Staat wirkliche Volkssportkultur getrieben werden kann. Er überbrachte die Grüße der Arbeiterportler der Sowjetunion und richtete den Appell an die Mitgliedschaft der R.G., alle Kräfte einzusetzen, damit zur Weltspartakade 1933 in Moskau die Roten Sportler Deutschlands beitragen können, daß sie im Kampf gegen den Imperialismus, zur Verteidigung der Sowjetunion an der Spitze marschieren.

Nach dem Schlusswort wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

In einer Pause zeigte die Pioniergruppe von Fichte da neue Werbemethoden und ausgezeichnete Songs, die den kühnsten Beifall der Funktionäre fanden. (Wir berichten noch darüber).

Entschließung

zur sportpolitischen Lage, gegen Arbeitsdienstplicht und Verstaatlichung der Jugendorganisationen, für die rote Einheitsfront.

Die Funktionärskonferenz der roten Sportler Groß-Berlins erklärt:

Die Durchführung der letzten Wahlkämpfe bestätigte die Wichtigkeit der Beschlüsse des zweiten Reichskongresses der R.G. für rote Sporteinheit. Die Bourgeoisie versucht, unter Einsatz aller faschistischen Reserven und verhängter faschistischer Unterdrückung das schwankende kapitalistische System zu retten. Zu diesem Zweck soll der Sport, der von jeher ein Klasseninstrument in den Händen der Bourgeoisie war, jetzt zu einem mächtigen Mittel für die Verwirklichung der faschistisch-imperialistischen Pläne der Bourgeoisie gemacht werden.

Diesem Zweck dienen die Pläne der Reichsregierung zur Durchführung der Arbeitsdienstplicht und Verstaatlichung der Jugendorganisationen.

Nachdem die bürgerlichen und reformistischen Sportführer durch die Propagierung und Organisation der Zwangsportkultur für Jugendliche und die Arbeitsdienstplicht die sporttreibende werktätige Jugend ideologisch und praktisch für diesen Zweck eingestrichelt haben, beginnt jetzt die Bourgeoisie mit Zwangsmaßnahmen die Militarisierung und Faschisierung der Sportorganisationen und der gesamten werktätigen Jugend durchzuführen.

Die Beschlüsse, die Angehörigen der R.G., der Nationalsozialisten, wie die Mitglieder anderer Verbände in einer national-sportlichen Organisation zusammenzufassen, weist die roten Sportler auf die Durchführung ihrer besonderen Aufgaben hin.

In Verbindung mit dem Kampf gegen den Lohnabbau, gegen die Erhöhung der Turnhallenmieten, gegen Sportplatzraub, steht jetzt im Vordergrund die Loslösung der Millionen werktätiger Sportler aus den bürgerlichen Organisationen, die gemeinsamen Aktionen mit den Arbeiterportlern und Sportlerinnen der Bünd-

gegen die faschistische Sportpolitik ihrer Führer, der Kampf gegen die Verstaatlichung der Sportorganisationen.

Gerade die Erfahrungen der letzten Wahlkämpfe, in der die Bourgeoisie die Plakate, Flugblätter und Zeitungen der revolutionären Organisationen verbietet, die Hausdurchsuchungen in den Sportbüros der R.G. und in den Wohnungen unserer Sportfunktionäre durchführte, revolutionäre Arbeiter bei der Durchführung der Agitation erschossen wurden, unterstreicht die Notwendigkeit der Verstärkung der Einheitsfrontaktion. Stärker als bisher gilt es, an die Formierung der roten Einheitsfront durch kameradschaftliche Diskussion mit den sporttreibenden Arbeitern und Arbeiterinnen in anderen Sportorganisationen durch gemeinsame Versammlungen, durch Austragen von Freundschafts- und Soldat-

Sonnabend, den 30. April 1932

Protestkundgebung der werktätigen Sportler

Neue Welt, Hasenheide 102-114

Thema:

Rot Sport antwortet Severing-Groener Ernst Grube spricht

Bühnenprogramm: Turnen, Artisten, Balalajkaorchester usw.

Einlaß 19 Uhr — Eintritt 40 Pfennig — Erwerbslose 20 Pfennig

Benutzt den Vorverkauf — Karten bei allen Funktionären und den bekannten Stellen.

Britische Arbeiterportler erzwingen sich den Zutritt zu versperrten Naturschönheiten

700 Arbeitermänner folgten gestern dem Ruf des Britischen Arbeiterportverbandes, in Massen das Verbot des Zutritts zum Kinder-Moor in Derbyshire, einer der berühmtesten schönen Moorlandschaften Großbritanniens, zu übertreten. Besondere Polizeikräfte waren aus den benachbarten Bezirken zusammengezogen worden, und auf allen Zugangswegen waren eigens neugedruckte Exemplare der Verbotsvorschriften aufgestellt worden. Als die Wanderer ihr Ziel erreichten, stützten sich mit Stöcken bewaffnete Wächter auf sie. Die Arbeiter leisteten heftigen Widerstand und vertrieben die Wächter und die Polizei. Auf dem Rückwege vom Moor kam es zu einem neuen Zusammenstoß mit der Polizei und den Wächtern. Sechs Arbeiter wurden verhaftet und werden sich wegen geheimerer Zusammenrottung zu verantworten haben. Die Wanderer nach dem Moor, dessen Schönheiten bisher nur einigen wenigen Ausgewählten zugänglich waren, war von der Ortsgruppe Manchester des Britischen Arbeiterportverbandes organisiert worden, der eine große Protestkampagne betreibt.

Fichte auf der Olympiabahn

Bei der großen Sportveranstaltung des Zentralvereins Fichte am 8. Mai auf der Olympiabahn in Plöthen werden neben den international besetzten Rennen auch andere Sparten ihr Können zeigen. Der Bezirk Meißner vervollständigt das Programm durch Leichtathletik- und Wehrsportkämpfe sowie Vorführungen der Turner, Boxer, Jiu-Jitsu usw.

Im Vordergrund der Leichtathletikkämpfe steht das 15-Minuten-Paarlaufen, Staffelläufe für Männer, Frauen und Kinder, sowie gemischte Staffeln mit Läufern und Radfahrern.

Leichtathleten heranzugehen. Unsere Vorschläge sind den Funktionären und unteren Leitungen der anderen Sportorganisationen zu unterbreiten und dort zur Ausprache zu stellen.

Zur besseren Gewinnung des Wehrsportler gilt es, weiter an die Schaffung roter Betriebsportgruppen heranzugehen. Die Schaffung roter Betriebsportgruppen, die Gewinnung der sporttreibenden Erwerbslosen für die Ziele der R.G. muß zur Aktionsbasis unserer Arbeit werden.

Die Vorbereitungen und Durchführung unserer Spartakade vorläufig zur Weltspartakade 1933 bieten beste Gelegenheit für die Durchführung unserer Einheitsfrontarbeit und des erfolgreichen Kampfes gegen den Faschismus.

Der Faschismus wird nicht auf dem Boden des Parlaments, wie es von der Sozialdemokratie und der reformistischen Sportführung gepredigt wird, sondern im außerparlamentarischen Klassenkampf, Klasse gegen Klasse, geschlagen. Nicht Ablenkung durch Parlamentsmandate, nicht durch Scheinlampf der „Eisernen Front“, sondern durch die Herstellung der kampfgewillten roten Einheitsfront unter revolutionärer Führung werden der Kapitalismus, Faschismus und Imperialismus niedergedrungen.

Der Ueberfall Japans auf die Werkstätten Chinas, die aktiven Vorbereitungen der Imperialisten zum Krieg gegen die Sowjetunion sind Massenimpulse für die Arbeiterklasse.

Die Funktionärskonferenz appelliert an die gesamten werktätigen Sportler und Sportlerinnen, sich einzureihen in die antifaschistische Sportfront, in die rote Einheitsfront!

Vorwärts zum Kampf gegen Imperialismus, für die Verteidigung der Sowjetunion, für den Sozialismus!

Der Wehrsport-Mannschaftskampf umfaßt 100-Meter-Hindernislaufen mit Belastung, 100 Meter geschlossenes Mannschaftslaufen, Wurfschwererzielwerfen und Holzschießen. Eine harte Belegung ist hier zu erwarten; besonders 20 Radfahrerguppen haben bereits ihre Beteiligung zugesagt. Die Meldungen für Leichtathletik und Wehrsportkampf bis 2. Mai an Genossen Fr. Blantenburg, Berlin NW 87, Jagowstraße 22.

Hertz im Ständigen Ring Fichte-Nordost

Die Athleten von Fichte-Nordost veranstalten heute anlässlich des einjährigen Bestehens ihres Ständigen Ringes einen Großkampfabend im Ringen, Jiu-Jitsu und Bogenschießen.

Ein reichhaltiges und spannendes Programm wird die Zuschauer voll und ganz auf ihre Kosten bringen. Gleichwertige Parungen bieten die beste Gewähr für gute und harte Kämpfe. Jedenfalls verspricht diese Veranstaltung ein interessanter Kampf-abend zu werden, der den Besuch auf alle Fälle lohnt. Kampfstätte ist die eigene Halle des Veranstalters in der Greifswalder Straße 209, Fabrikgebäude, 2 Treppen. Anfang pünktlich 20 Uhr. Die Eintrittspreise sind äußerst gering und betragen nur 20 und 40 Pfennig.

Zuschauer baden mit!

Unter obigem Motto steigt heute abend 20.30 Uhr in beiden Hallen des Stadtbades Neukölln, Ganahofstraße, der Werksverband der Fichte-Schwimmvereine Neukölln. Jeder Zuschauer bringt eine Badehose mit. Zur Austragung kommen neben Wasserballspiel und Kunstspringen einige Staffetten zwecks Verbesserung der Leistungstabelle der roten Schwimmer. Die stärksten Berliner Vereine: Freie Schwimmer Norden, NSV. Wehrsee, Fichte-Neukölln sind am Start und gewährleisten guten Sport.

Wir fragen Sie heute:

Sollen wir das volle Format unserer Juno verringern, mindere Tabake verwenden, nur um wesensfremde Zugaben beilegen zu können?

Worauf legen Sie Wert?

Doch wohl darauf, dass

JUNO

die alte bleibt.

Jede Zugabe in Form von Gutscheinen, Wertmarken oder Stickereien müßte aber unsere Juno in irgendeiner Form beeinträchtigen!

Das wollen weder Sie noch wir.



Vor Unterstützungsabbau durch Notverordnung

Entwurf der Notverordnung bereits fertig — Neue radikale Herabsetzung der Unterstützungsfähigkeit in der Arbeitslosenversicherung, in der Krankenfürsorge und bei der Invalidenversicherung — Der erste „elastische Tarifvertrag“ vom Schlichter diktiert!

„Arbeit für 400 000“

Wie das „Tempo“ berichtet, ist mit der Verabschiedung einer neuen Notverordnung noch im Laufe der kommenden Woche zu rechnen. Sofort nach der Rückkehr Brüning's wird das Reichskabinett mit dem Entwurf einer neuen Notverordnung, der in allen Einzelheiten bereits vorliegt, sich beschäftigen.

Das Kernstück der neuen Notverordnung ist eine radikale Herabsetzung der Unterstützungsfähigkeit in der Arbeitslosenversicherung und in der Krankenfürsorge. Es handelt sich, wie man berichtet, um eine gewisse Anpassung dieser Fälle an die Wohlstandsunterstützung. Diese „Anpassung“ sieht so aus, daß man dadurch etwa 600 Millionen Mark „sparen“ will. Es steht also eine ganz große Reduzierung der Unterstützungen bevor. Zugleich wird die Notverordnung eine Senkung der Leistungen in der Invalidenversicherung mit sich bringen, dort will man etwa 300 Millionen „sparen“.

Genau so wie bei der Notverordnung vom 8. Dezember, die bekanntlich einen in der Geschichte Deutschlands einzig dastehenden Lohnabbau brachte, bei der Vorbereitung und Durchführung der Notverordnung, hauptsächlich vom Preisabbau, Reduktion und dergleichen gesprochen wurde, so wird jetzt von „Arbeit für 400 000“, von Arbeitszeitverkürzung und ähnlichen schönen Dingen berichtet. Die neue Notverordnung soll einen Teil enthalten, der sich mit Arbeitsbeschaffung beschäftigt. Allerdings liegt der Schwerpunkt dieser Verfügungen im Ausbau der sogenannten freiwilligen Arbeitsdienstpflicht. Bisher sind etwa 36 000 Jugendliche hierin beschäftigt, diese Zahl soll beträchtlich gesteigert werden.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß schon in dieser neuen Notverordnung Bestimmungen über die Einführung der 40-Stunden-Woche — natürlich ohne Lohnausgleich — in einigen Industriezweigen enthalten sein werden. In Betracht kommen folgende Gewerbezeige: Bergbau, Salinenwesen, Steine und Erde, Chemie, Papierindustrie und Verflechtung, Mäzgerien und Brauereien, Bauunternehmungen und Bauhandwerk. Die Arbeiterchaft, die in diesen Tagen vor einer neuen direkten Herabsetzung der Stundenlöhne bedroht ist, soll noch einen weiteren Lohnausfall durch Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich erhalten.

Der Schiedsspruch in Sachsen

Zu gleicher Zeit kommt eine Mitteilung aus Sachsen, die die schlimmsten Befürchtungen über eine neue Lohnabbauwelle bestätigt. Dort hat der Schlichter für die sächsische Papierindustrie einen Schiedsspruch gefällt, der die Stundenlöhne um 5 bis 6 Pfennig senkt.

Nicht genug aber damit: der Schiedsspruch enthält noch eine Bestimmung, wonach für Betriebe, die sich „in besonders schlechten Verhältnissen befinden“, ein weiterer betrieblicher Lohnabbau erfolgen kann.

Als dazu nicht das Einverständnis der Gewerkschaften vorhanden, so kann durch den Schlichter ein neuer Schiedsspruch gefällt werden, der der „besonderen Notlage“ des Betriebes Rechnung trägt.

Dieser Schiedsspruch ist von außerordentlicher Bedeutung für die gesamte Arbeiterchaft. Wird doch hier zum ersten Male die Unabhängigkeit des Tarifvertrages durch eine Bestimmung im Tarif aufgehoben. Es zeigt sich hier, was Stegerwald mit der Schaffung einer „größeren Elastizität der Tarifverträge“ meinte. Der Tarifvertrag wird vollständig durchlöcher, die Unternehmer werden instand gesetzt, mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen immer neuen Lohnabbau betriebsweise durchzuführen.

Was ist zu tun?

Jeder freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, der sich über die Politik der Gewerkschaftsführer Gedanken macht, weiß ganz genau, daß die Leypart, Tarnow und Ulrich den Lohnabbau, die Zerstückelung des Tarifvertrages, den neuen Unterstützungsabbau genau so hinnehmen werden, wie sie das bisher getan haben. Der schräge „Vorwärts“ z. B. meldet mit Genugtuung über die Absichten des Reichsarbeitsministers, die Arbeitszeitverkürzung in einigen Industriezweigen durchzuführen. Er ist nur unzufrieden damit, daß diese Arbeitszeitverkürzung nicht auf alle Industriezweige ausgedehnt wird. Der „Vorwärts“ erwähnt aber mit keinem einzigen Wort die Tatsache, daß diese Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durchgeführt wird, und daß dadurch ein ganz ungeheurer Lohnausfall entsteht.

Im Betrieb und Stempelstelle muß zur Lage Stellung genommen werden. Man sieht, die Unternehmer sind dabei, mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen betriebsweise gegen die

Zum Streitabbruch bei Boll

Auf Grund einer falschen Information haben wir in der „Rote Fahne“ vom 26. April geschrieben, daß der Streit bei Boll durch Krusemarz und Urbahns abgewirgt worden sei. Eine Reihe von Kollegen des Betriebes sandten uns Berichtigungen, worin sie mitteilten, daß im Gegenzug zu unserer Meldung Urbahns und Krusemarz sich in der Streitversammlung gegen den Streitabbruch ausgesprochen hätten.

Wir kommen dem Wunsch der Kollegen auf Bornaahme dieser Berichtigung gern nach. Gleichzeitig muß aber noch ein Wort zur Streitaktion im Betrieb Boll gesagt werden. Zweifellos hat die vom Verbandsvorstand vorgeschlagene Taktik der Einhaltung einer achtstündigen Kündigungsfrist vor Aufnahme des Streiks zur Schwächung der Kampffront der Belegschaft beigetragen. Gegen diesen Vorschlag des Verbandsvorstandes sind Krusemarz und Urbahns nicht aufgetreten. Die Belegschaft muß aus dem Verlauf dieses Kampfes die Lehre ziehen, daß der Kampf nur dann mit vollem Erfolg zu Ende geführt werden kann, wenn er vom ersten Moment an mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt wird.

Arbeiterchaft vorzugehen. Es ist die höchste Zeit, daß die Arbeiterchaft in jedem Betrieb eine feste Widerstandsfrent bildet, um den Angriff zurückzuschlagen.

Der im letzten Aufruf der AFD. und AFD. vorgeschlagene Weg muß nunmehr, ohne zu zögern, gegangen werden. Die Anhänger der AFD. müssen sich an die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, an die Gewerkschaftsleitungen im Betrieb, an die freigewerkschaftlichen Betriebsräte, an die betrieblichen Gewerkschaftsfunktionäre mit der Aufforderung zu gemeinsamen Versammlungen, zur gemeinsamen Organisation von Aktionen der Belegschaften wenden. Es gilt keine Zeit zu verlieren.

Wir, die Anhänger der revolutionären Gewerkschaftspolitik, haben jetzt vor der deutschen Arbeiterchaft die größte Verantwortung. Wir sind es, die die Initiative zur Herstellung der roten Einheitsfront im Betrieb und Abteilung ergreifen müssen. Wenn wir das nicht tun, wird das niemand tun.

Wüstein-Abteilung beschließt Streik am 1. Mai

Das Ansuchen der Geschäftsleitung auf Fertigstellung der „Montagspost“ abgelehnt

Die Geschäftsleitung der Wüstein-Druckerei trat gestern an die Tagelöhner in der Abteilung Stereotypie mit dem Ansuchen heran, am 1. Mai zu arbeiten, damit die „Montagspost“ fertiggestellt werden kann. Man versucht, die Abteilung mit der Behauptung gefügig zu machen, die Maschinenführer hätten diesem Verlangen bereits zugestimmt. Die Abteilung setzte sich aber sofort mit den Maschinenführern in Verbindung und erfuhr, daß davon kein Wort wahr ist.

Die Kollegen blieben dann im Betrieb, bis die Nachtschicht zur Arbeit kam und in gemeinsamer Abstimmung wurde beschlossen, den Streik am 1. Mai geschlossen durchzuführen. Dieser Beschluß ist ein Beispiel für die graphischen Arbeiter in den übrigen Zeitungsdruckereien, die ebenfalls sofort Streikbeschlüsse fassen müssen.

Der Schlag der Unternehmer richtet sich nicht nur gegen die Betriebsarbeiter, sondern zugleich gegen die Erwerbslosen. Auch die Abwehr der Arbeiterchaft, wenn sie erfolgreich sein soll, kann nur durch das Kampfbündnis zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen erreicht werden.

Wir rufen die deutsche Arbeiterchaft in den Betrieben, in den Gewerkschaften und auf den Stempelstellen zur sofortigen Bildung der roten Einheitsfront. Die Mobilisierung der Kollegen zum Kampf gegen den betrieblichen Lohnabbau erleichtert und beschleunigt die Organisation der großen politischen Kämpfe der Arbeiterchaft. Andererseits ist die politische Aktivierung der Arbeiterchaft zugleich ein Hebel im Kampfe gegen den betrieblichen Lohnabbau.

Der 1. Mai muß in diesem Jahre zu einem gewaltigen Kampfaufmarsch der Arbeiterchaft werden, zu einer mächtigen Kampfanlage an die Kapitalistenklasse gegen den Lohnabbau, gegen den Unterstützungsabbau, gegen den Faschismus, für den sozialistischen Ausweg aus der Krise.

Hamburg, 27. April. (Eig. Bericht.) Die Schiffs- und Kesselreiniger des Hamburger Hafens nahmen heute morgen in einer gut besuchten Versammlung zu dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg und zu dem erneut drohenden Lohnabbau Stellung. In scharfer Beurteilung der Politik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie beschloß die Versammlung, dem Aufruf der Internationale der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenarbeiter zu folgen und sich der Maidemonstration der Kommunistischen Partei Deutschlands anzuschließen.

In der letzten Woche fanden auf 34 Schiffen im Hamburger Hafen Versammlungen statt, in denen die Besatzungen zum Welt-einheitskongreß Stellung nahmen. Von allen Schiffsbesatzungen wurde die Beteiligung an diesem Kongreß durch die Entsendung von Delegierten beschlossen.

Vor einem Streit in den Wurstfabriken

Berliner Fleischer fassen Streikbeschlüsse gegen Lohnabbau!

Gestern haben in zahlreichen Berliner Wurstfabriken Abstimmungen über Streik gegen die Lohnabbauforderungen der Unternehmer stattgefunden. Nach den Berichten, die bisher vorliegen, haben sich überall die Kollegen fast einstimmig für Streik gegen jeden Versuch, auch nur den geringsten Lohnabbau vorzunehmen, ausgesprochen.

Die Unternehmer haben den Tarif zum 30. April gekündigt und die unerschämtesten Forderungen aufgestellt. Sie verlangen einen Lohnabbau von 20 bis 30 Prozent und entscheidende Verschlechterungen des Manteltarifs. Neue Lohnstufen sollen eingeführt und auf diese Weise ein noch stärkerer Anreiz zur Entfremdung der abgestuften älteren Kollegen aus den Betrieben geschaffen werden.

Jede Verhandlung über ihre unerschämten Forderungen haben die Wurstfabrikanten, selbst mit dem reformistischen Verband abgelehnt. Die Empörung unter den Arbeitern ist gewaltig. Der rote Einheitsverband der Berliner Fleischer hat bereits in den Betrieben umfassende Vorbereitungsarbeiten für die Aufnahme des Streiks durchgeführt. Das Ergebnis der gestrigen Abstimmung in den Betrieben, zu der sowohl der rote Einheitsverband, als auch der reformistische Verband aufgefordert hatte, beweist, daß die Fleischer gewillt sind, jeden neuen Lohnabbau durch Streik abzuwehren.

So haben sich in dem führenden Berliner Betrieb Kobert & Söhne in Weihensee sämtliche Kollegen an der Abstimmung

beteiligt, mit Ausnahme des Fahrpersonals, das heute abstimmen wird. 141 Stimmen wurden für den Streik, zwei dagegen abgegeben. Bei Fiegler in Weihensee hat die 85 Mann starke erste Schicht sich mit 78 Stimmen für Streik entschieden. Sechs Stimmen wurden gegen Streik abgegeben, eine Stimme war ungenügend. Von der 40 Mann starken Belegschaft der Stadtschleiferei in Hohenschleife haben gestern 33 Kollegen abgestimmt. 28 stimmten für Streik, 2 dagegen, 3 Stimmen waren ungenügend. Die restlichen Kollegen werden heute Stellung nehmen.

Es gilt jetzt, sofort in jedem Betrieb mit der konkreten Vorbereitung des Streiks zu beginnen. Überall müssen die Mitglieder des roten Einheitsverbandes an die reformistischen Funktionäre im Betrieb herantreten und ihnen die gemeinsame Organisation des Kampfes auf der Grundlage des Einheitsfrontappells der AFD. vorschlagen. Aus den besten Kollegen des roten Verbandes und des reformistischen Verbandes müssen unter Sinzugziehung von unorganisierten Kollegen vorbereitende Streikleitungen gebildet werden. Auf diesem Boden gilt es die rote Einheitsfront in den Betrieben herzustellen, die die beste Gewähr dafür bietet, den Lohnabbau siegreich abzuwehren.

Streik im Wäschebetrieb Strauß

Am 26. April ist die Frauenbelegschaft des Herrenwäschebetriebs Strauß in der Gubener Straße 47, in den Streik getreten.

Die Löhne, die der Unternehmer zahlt, sind so niedrig, daß die Kolleginnen oft mit einem Tagesverdienst von 60 Pfennig nach Hause gehen. Der Kaffee für die Arbeiterinnen wird in ein und demselben Kessel gekocht wie die schmutzigen Krügen. Der Schmutz in den Arbeitsräumen liegt so hoch, daß er ein wahres Paradies für Mäuse und anderes Ungeziefer bildet.

Provokatorisch lehnte der Unternehmer alle Forderungen der Belegschaft auf Beseitigung der Mißstände und auf anständige Bezahlung ab. Der Streik wird unter Führung der AFD. geschlossen durchgeführt. Die Arbeiterinnen appellieren an die Erwerbslosen um Unterstützung in ihrem Streik und um Ablehnung jeder Streikbrüchigkeit.

Konfektionsarbeiterversammlung

Heute, 20. Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße, Ecke Rochstraße.
Tagesordnung: „Wie wehren wir uns gegen neuen Lohnabbau?“

Öffentliche Versammlung der Lackierer, Spritzer und Anstreicher

Freitag, den 29. April, 19.30 Uhr, bei Schulz, Elisabethstr. 30.

Verlorene Sammellisten

Die Sammellisten Nr. 1515 und 1518 mit dem Kopf: „Zentraler Kampfausschuß der Berliner Metallbetriebe“ sind verlorengegangen und hiermit gesperrt.

Wieder 2 oppositionelle DMB-Delegierte

Nachdem wir gestern berichtet haben, daß die erwerbslosen Elektromonteur im DMB, einen oppositionellen Delegierten zur Generalsversammlung gewählt haben, wird uns heute gemeldet, daß in der Erwerbslosen-Wahlkörperversammlung der Eisenkonstruktions-, Auto-, Maschinen-, Bau-, Schwarzblech- und Katalysierhölzer von den drei zu wählenden Delegierten zwei Kandidaten der Opposition mit großer Mehrheit gewählt wurden. Gleichzeitig wurde ein Antrag der Opposition angenommen, der fordert, daß nur die von den Mitgliedern direkt gewählten Delegierten auf der Generalsversammlung stimmberechtigt sind und daß bereits auf 200 Mitglieder ein Delegierter entsallen soll. Die Ortsverwaltung hatte sich mit aller Entschiedenheit gegen diesen Antrag gewandt.

Aufgabe der oppositionellen DMB-Mitglieder ist es, auch die noch folgenden Wahlkörperversammlungen reiflos zu besuchen und dafür zu sorgen, daß auch in diesen Versammlungen die Opposition weitere Erfolge erzielen kann.

Am Freitag finden folgende Wahlkörperversammlungen statt:

Wahlkörper 4: Freitag, den 28. April 1932: Vormittags 9 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Graveure, Ziseleur, Gürtler, Drücker, Schleifer, Galsanfleurer, Eisenformer, Metallformer, Kernmacher, Arbeiterinnen, Feilenhauer, Gießerei- und Hilfsarbeiter, Zigarettenmaschinenführer, Betriebshandwerker, Kinosortführer.

Wahlkörper 5: Freitag, den 29. April 1932: Nachmittags 2 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses. Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser, Schmittarbeiter, Walzwerkarbeiter, Gold- und Silberarbeiter, Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, Werkzeugaemacher, Scharfschleifer, Arbeiterinnen.

„Krieg noch vor Ablauf von 2 Monaten“

Französische, japanische, amerikanische Militärs beschäftigen sich in aller Öffentlichkeit mit dem Interventionskrieg gegen USSR!

Unter Bruderblatt, die Pariser „Humanité“, teilt mit: „Auf einem militärpolitischen Vertragsabend in Lille machte der französische Oberstleutnant Melle, ein Generalstabsoffizier, äußerst heftige Angriffe gegen die Sowjetunion, die Japan zum Kriege provozierte. Er feierte den japanischen Imperialismus als den Vorläufer der Zivilisation im Fernen Osten und schloß seine Rede mit den Worten: „Noch vor Ablauf von zwei Monaten wird Japan der Sowjetunion den Krieg erklären.“

Araki erklärt: „Wir senden Truppen gegen die Sowjetunion“

In einem Interview, das der japanische Kriegsminister Araki der Korrespondentin des „Petit Parisien“, Andrée Vialis, gab, lautet die entscheidende Stelle in wörtlicher Uebersetzung: „Die Situation in der Nordmandschurei verschärft sich in der Tat und wird immer enger. Es ist möglich, daß wir bald gezwungen sein werden, schwerwiegende Entscheidungen zu treffen. Unsere Militärbehörden warten und wachen. Sie sind entschlossen, im Ernstfall Truppen gegen die Sowjetunion einzusetzen.“

„Krieg im Fernen Osten ist unvermeidlich und führt zum Weltkrieg“

Im „New York Herald“ veröffentlicht General Graves, der gewesene Führer der amerikanischen Expeditionen in Sibirien, einen Artikel über die imperialistischen Absichten Japans, dem wir folgende Zeilen entnehmen:

„Der Zeitgedanke, der heute die japanischen Militärs beherrscht, ist die Schaffung eines mandchurisch-sibirischen Reiches aus Völkern, die China und der Sowjetunion anrühren werden sollen. In diesem Zweck beschäftigen die japanischen Militärs die Grenzen des japanischen Reiches bis zum Baikalsee vorzurücken. Der Baikalsee ist nach Ansicht Takos die „natürliche Grenze“ zwischen der Sowjetunion und dem Orient, zwischen dem Kommunismus und dem japanischen Reich. Zur Durchführung eines solchen Planes ist ein Krieg zwischen der Sowjetunion und Japan unvermeidlich...“

Ein Krieg zwischen der Sowjetunion und Japan ist möglich. Doch bin ich nicht der Meinung, daß die Sowjetunion den Krieg wünscht. Ich bin sogar nicht ganz sicher, ob nach der „Schanghaier Affäre“ Japan den Krieg wünscht. Aber eins steht fest, Moskau ist entschlossen, seine Besetzungen in Sibirien, sollte es was es wolle, zu verteidigen...“

Heute liegt die Frage ganz anders wie 1918, und zweifelsohne wird jeder Versuch, auf Sowjetterritorium einzudringen, mit Waffengewalt zurückgeschlagen werden... Wenn dieser Konflikt ausbrechen sollte, könnte er auf das europäische Kontinent über-

Stürmt das Bollwerk der Welt-Konterrevolution!

Das ZK. der KPD, an das ZK. der KP. Frankreichs:

Anlässlich der bevorstehenden Kammerwahlen in Frankreich am 1. und 8. Mai sandte das Zentralkomitee der KPD Deutschlands nachstehendes Telegramm an unsere französische Bruderpartei:

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs Paris.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands sendet euch anlässlich eures mit revolutionären Eifer geführten Wahlkampfes im Namen der Millionenmassen der deutschen Arbeiterklasse herzliche Grüße.

Im gegenwärtigen Augenblick höchster Kriegsgefahr ist euer Wahlkampf als Massenmobilisierung gegen die imperialistischen Kriegstreiber, gegen die nationale Einheitsfront Tardeu bis Leon Blum, gegen den französischen Imperialismus als Verbündeten Japans im Fernen Osten und als Hauptschlüssel des neuen Weltkrieges von größter internationaler Bedeutung.

Der französische Imperialismus, der das deutsche wertvolle Volk mit den Fesseln von Versailles und der Schlinge des Youngplans verflocht und mit Hilfe des Donauplanes und des Völkerbundes ganz Europa in ein Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion zu verwandeln trachtet, steht an der Spitze der Kriegsfrent gegen die Sowjetunion. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist in erster Linie ein revolutionärer Kampf gegen den Feind im eigenen Land. Die wachsende Krise in Frankreich stellt euch vor große Aufgaben. Durch die Auslösung von Streiks und Massenaktionen der Gewerkschaften, durch entschlossenes Eintreten für die Interessen und Tagesforderungen der Millionenmassen der Bauern, Angestellten, Beamten und der anderen werktätigen Schichten, werdet ihr die rote Einheitsfront für den Kampf um den revolutionären Ausweg und gegen die verheerenden Wäna der Kriegstreiber schmieden und eure bolschewistische Partei unter dem Banner des revolutionären Kampfes zu einem Sturmtrupp der weltrevolutionären Bewegung machen.

Die deutschen Kommunisten, die durch den gemeinsamen Kampf gegen das Versailler System und den imperialistischen Krieg mit euch aufs engste verbunden sind, begehren auch zu euren Erfolgen in der Mobilisierung der Massen und kämpfen mit noch größerer Entschlossenheit Schulter an Schulter mit euch gegen den gemeinsamen Feind, für das gemeinsame Ziel, gegen die Kriegsverbrecher, für die Verteidigung der Sowjetunion.

Auf zum Sturm gegen das Bollwerk der internationalen Konterrevolution!

Es lebe die Kommunistische Partei Frankreichs!

Es lebe der gemeinsame Kampf des deutschen und französischen Proletariats gegen das Versailler System, gegen den imperialistischen Krieg, für den Sieg des Sozialismus!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

greifen, und wenn auch Europa mit hineingerissen würde, so kann heute niemand vorausagen, wo dieser Konflikt haltmachen würde.“

„Die Mandchurei ist die Operationsbasis“

„Suday American“ veröffentlicht einen Artikel des amerikanischen Brigadegenerals Henry J. Reilly, in dem dieser erklärt, daß der Krieg gegen die Sowjetunion „unvermeidlich“ sei. Wörtlich heißt es:

„Nicht nur die Ereignisse in der Mandchurei, sondern auch die Aktion Japans in Schanghai beweisen, daß der Krieg Japans gegen die Sowjetunion unabwendbar droht. Japans militärischer Einfluß in die Mandchurei hat sich nicht nur dieses gewaltige Territorium und seine 30 Millionen zählende Bevölkerung von China losgerissen und Japan die Kontrolle der Eisen-, Kohlen- und landwirtschaftlichen Reichtümer dieses Gebiets verschafft, sondern ebenfalls die Operationsbasis geschaffen für die japanischen Armeen, für den Augenblick, wo der Krieg gegen die Sowjetunion seinen Anfang nimmt. Die Besetzung der Eisenbahnen der Mandchurei durch Japan, die Garnisonen, die Japan in der Mandchurei errichtet hat und zahllose andere Umstände deuten darauf hin, daß Japan in der Mandchurei seine Kräfte gegen die Sowjetunion konzentriert, ebenso wie Deutschland im Jahre 1914 seine Armeen an der französischen und belgischen Grenze konzentrierte. Diese unmittelbaren Kriegsvorbereitungen erwecken mit Recht bei den Bolschewiken Sorgen.“

Vor aller Öffentlichkeit entwickeln die imperialistischen Generalstabsoffiziere das Programm des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion! Diese Tatsache muß die Arbeiter, die Werktätigen aller Länder aufklären, ihre Kampagne gegen den drohenden Krieg zu verhindern.

Organisiert Aktionen gegen die Kriegsbrandstifter am 1. Mai! Gestaltet den Weltkampftag zu einem Massenaufmarsch für Frieden und Sozialismus!

Tardieu fährt nicht nach Genf

Paris, 27. April. Tardieu hat auf die dringende Einladung Stimsons, zu einer neuen Konferenz mit den leitenden Staats-oberhäuptern nach Genf zu kommen, mit einer Mitteilung über seine plötzliche Erkrankung beantwortet. Während Stimson den Wunsch hegte, vor seiner Rückkehr nach Amerika zu einem gewissen Abschluß der Genfer Verhandlungen zu gelangen, legt Tardieu vor den französischen Kammerwahlen keinen großen Wert darauf. Außerdem will Frankreich in dem Augenblick, wo in Oesterreich die französischfreundliche Seipel-Bewegung eine Wahlniederlage eingeleitet hat, die Frage des Donaupaktes nicht mit den übrigen internationalen Problemen verflochten. Schon die ablehnende Haltung Tardieus, die einer Brückierung der in Genf stehenden Staatsmänner gleichkommt, verschärft die internationale Situation erheblich. Für die deutsche Regierung, die durch die fortwährende Wirtschaftskrise an einer raschen Regelung des Reparationsproblems interessiert war, wird diese Lage schlechte Auswirkungen haben.

Unter dem Banner des revolutionären Internationalismus!

Am 1. Mai marschieren wir für soziale und nationale Befreiung durch die proletarische Diktatur

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands erklärte in seiner Deklaration gegen Versailles und Young im Februar 1932:

„Gestützt auf die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes, bewaffnet mit der aktiven Solidarität der französischen, polnischen, englischen Arbeiter, der Arbeiter aller Länder, unlöslich verbunden mit den 165 Millionen Arbeitern und Bauern der betretenen Sowjetunion, wird das siegreiche deutsche Proletariat unter dem Banner des revolutionären Internationalismus die Schlinge des Versailler Vertrages und der Youngsklaverei zerreißen.“

Für dieses freie sozialistische Deutschland, für das kommende Deutschland der proletarischen Diktatur, marschieren am 1. Mai die deutschen Arbeiter und Werktätigen gemeinsam mit den Arbeitern aller Länder unter der Fahne der Kommunistischen Internationale!

Der Kommunismus ist die einzige Kraft der sozialen und nationalen Befreiung der deutschen werktätigen Massen.

Marschiert, demonstriert! Zeigt den hakenkreuzlerischen Landsknechten des Youngkapitals und den reformistischen Agenten der Kapitalistenklasse, daß die kommunistische Freiheitsfront nun erstrecht marschiert!

Maiamarsch vor japanischem Konsulat

In der ganzen Welt Kämpfe um die Demonstration gegen Kapitalismus und Krieg

London, 26. April. Die Konferenz des Londoner Maiausschlusses, an der sich 118 Delegierte von 81 Organisationen und Parteien beteiligten, hat beschlossen: Die Maidemonstration marschiert vom Timesquare zum Hydepark. Nach der großen Kundgebung demonstrieren die Londoner Arbeiter vor dem Gebäude der japanischen Botschaft, um gegen die Kriegstreiber Japans gegen die Sowjetunion zu protestieren.

Vor Generallstreik in Spanien

Madrid, 26. April. Die Kommunistische Partei Spaniens hat für den 1. und 2. Mai die Lösung des Generallstreiks ausgegeben und gleichzeitig sämtliche anderen Gewerkschaftsorganisationen aufgefordert, die gleiche Parole auszugeben.

Versammlungsverbot in Portugal

Lissabon, 26. April. Um ihren Terror gegen die kommunistischen Maidorbereitungen zu begründen, verbietet die Polizei

Meldungen über Sprengstoffunde bei revolutionären Arbeitern. Alle Versammlungen und Kundgebungen wurden verboten. Die Polizei ist in höchster Alarmbereitschaft.

Hausdurchsuchungen in Finnland

Helsingfors, 26. April. Die Polizei nahm zahlreiche Hausdurchsuchungen vor, um die Herstellung der revolutionären Flugblätter zum 1. Mai zu verhindern. Die bürgerliche Presse fordert übereinstimmend das Verbot von Kundgebungen am 1. Mai, weil die „bringende Gefahr besteht, daß diese Kundgebungen von den Kommunisten ausgenutzt würden“.

Einzige bulgarische Arbeiterzeitung verboten

Sofia, 26. April. Das einzige Arbeiterblatt „Golo“ ist bis nach dem 1. Mai verboten worden, nachdem sie im April bisher 21 mal beschlagnahmt worden war.

3 Milliarden Deterding-Verluste

Der Kurssturz der Deterding-Aktien dauert an. Seit Anfang dieses Jahres betragen die Verluste an den Aktien der Shell und Royal-Dutch über 3 Milliarden Mark. Allein aus den Notierungen der letzten Woche werden über 300 Millionen Mark Verluste errechnet. Das Kurskapital der Royal-Dutch betrug am 31. Dezember 1931 noch 2,7 Milliarden Mark, heute etwa 550 Millionen. Bei der Shell steht gegen ein Kurskapital von 1,86 Milliarden im Dezember 1931 heute ein solches von 552 Millionen Reichsmark.

Die Schwierigkeiten Deterdings, die seinen wütenden Deterding-Kampf gegen die Sowjets wahrscheinlich mit ebensolchen Mitteln geführt hat wie sein Kollege, der Zündholzkönig Krueger, sind noch vergrößert worden durch den Zusammenbruch seines französischen Finanzinstituts, der Bank Union Parilienne. Die Börsenblätter melden, daß eine Dividende in diesem Jahr unmöglich sein werde.

Da der Deterding-Konzern als einer der stabilsten und sichersten kapitalistischen Unternehmungen galt, haben — vor allem in Holland und England — zahlreiche kleine Besitzer ihre Ersparnisse in Shell- und Royal-Dutch-Aktien angelegt. Sie sind die Betroffenen.

Die Folgen des Deterding-Krachs für die kapitalistische Weltwirtschaft sind unübersehbar, da die Verluste heute schon den Gesamtverlust des Krueger-Bankrotts übertreffen.

8 Millionen im Dollerland ohne Brot

Newyork, 27. April. Nunmehr schätzt auch der Führer der Trade Unions, Green, die Zahl der Arbeitslosen in Amerika auf rund acht Millionen. Ein Rezept gegen das Hungertum dieser Massen weiß der Reformistenführer natürlich nicht.

Bei einer Abstimmung über die Behandlung der Arbeitslosenfrage vor dem Gosh zur Abschaffung des Treueides gegenüber England blieb die Regierung der Wallace im britischen Parlament in der Minderheit.

Bei den Vortrupps der Arbeitsdienstpflicht

Die Arbeitsdienstpflicht der Jungen raubt den Vätern Arbeit und Lohn

Am 23. Juli 1931 verkündete eine Verordnung die Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Heute, drei Viertel Jahre später, ist im Innenministerium Groeners der Entwurf zur nicht mehr freiwilligen, sondern z wangsweisen Arbeitsdienstpflicht der Jungen fertiggestellt. Da ist es an der Zeit, daß die Klassenbewußte Arbeiterschaft sich noch intensiver als bisher mit diesem Plan der deutschen Bourgeoisie beschäftigt. Denn dieser Arbeitsdienst soll die tarifliche Löhne der Arbeiterschaft vollends untergraben, er soll die Jugend militarisieren für den drohenden Interventionskrieg gegen die Sowjetunion.

Einer unserer Mitarbeiter hat in den letzten Tagen eines der 300 Lager des freiwilligen Arbeitsdienstes mit insgesamt 30 000 Jugendlichen besucht und schildert nachstehend seine Eindrücke.

Die Reichsbahn irt sich des öfteren, wenn sie den Verkehr einschränkt. In unserem, dem regulären Zug 10 Minuten vorausdampfenden Vortzug, hatte jeder Reisende mindestens 5 Abteile für sich allein. In Frankfurt an der Oder hieß es plötzlich: „Alles aussteigen! Der Vortzug wird wegen mangelnder Besetzung ausgeleert.“ Wir kletterten aus den Wägen, vielleicht 20 Mark, und gehen auf dem nachdunklen, kalten Bahnsteig hin und her. Ein Kleinbürger, der mit Kisten und Kisten nach Breslau reist, ruft: „Verdammt Wirtschaft! Mich mal die Eisenbahn klappt mehr bei uns!“

Nach 10 Minuten kam der zweite Zug aus dem Dunkel herangefahren.

Nach Löwenberg in Schlefien fahren, ist kein Vergnügen. Es dauert lange und wenn man angelangt ist, hat man das fatale Gefühl, daß die Knochen durchs Fell gequillt sind. Löwenberg ist eine Kleinstadt. Wenig Industrie. Nur ein paar Mühlen. Ein paar tausend Arbeiter und Arbeiterinnen wohnen in alten, schiefen Häusern. Da werden Kartoffeln und Getreide gebaut, kleines Handwerk arbeitet, Fleiten hat's auch in Löwenberg gegeben, und alles schimpft über die hohen Steuern.

Unweit der Stadt fließt der Bober, im Sommer ein harmloses Rinnsal. Aber im Frühjahr, da kommt er heruntergebraust vom Gebirge, und seine Schneewasserfluten tragen manchmal sogar Kleinvieh und Einrichtungsgegenstände mit fort. Kilometerweit wird das Flutal überschwemmt.

Das Arbeitslager

In der Hauptstraße Löwenbergs, am Ausgang der Stadt, befindet sich die Deutsche Freischule, ein nationalsozialistischer Pfadfinderverband, ein Haus. Es ist schon ein Schloß. Mit Geldern aus dem Jugendpflegesonds der Republik wurde es gekauft. Die Freischule veranstaltet dort „Volkshochschulkurse“, in denen sie sich bemüht, das Gift der Volksgemeinschaftstheorien in die Hirne junger Arbeiter und Bauern zu träufeln.

Wenn die Hitlerjugend und das Reichsbanner Arbeitslager organisieren, dann kann die Freischule nicht zurückstehen. Die Freischüler haben auch ein Arbeitslager. Es wurde eine Truppe von ungefähr 100 Arbeitsdienstfreiwilligen zusammengestellt, und eine Reihe Arbeiten durchgeführt. Zuerst wurden die Arbeitskolonnen bei der Regulierung des Bober eingeleitet. Das Flutbett wurde entschlammt und vertieft. Außerdem wurden noch eine Reihe Maurerarbeiten und landwirtschaftliche Arbeiten geleistet.

Die Bober regulieren. Sachkennner schätzen den Umfang der Arbeit auf 400 Tagewerke. 400 Tagewerke sind 3 200 Arbeitsstunden. Der Arbeiter, der mit dieser Tiefbauarbeit 3 200 Stunden beschäftigt wird, würde nach dem Tiefbauarbeitertarif der Provinz Brandenburg, der 63 Pfennig Stundenlohn vorsieht, 2 016 Mark für diese Arbeit empfangen.

Die Arbeitsdienstfreiwilligen haben keinen Tariflohn, soweit sie Bürgerlöhne, haben sie drei Mark Taschengeld pro Woche, für die Arbeitslosen zahlen die Erwerbslosenversicherung verschiedene Summen, sagen wir durchschnittlich 9 Mark wöchentlich. Bei diesem Lohnsatz von 9 Mark würde die Arbeitsausführung 1 197 Mark kosten. Die Stadt würde annähernd 1 000 Mark sparen, da aber nicht alle arbeitslos sind, sondern die Kleinbürger unter den Arbeitsdienstfreiwilligen ohne Unterstützung für die 3 Mark Taschengeld arbeiten, ist die wirkliche Ersparnis, die die Grundbesitzer bei der Regulierung der Bober machen, noch größer.

Das Beispiel kann man verallgemeinern. Dann ist zu ermeßen, welche Extraprofite die beteiligten Kreise aus dem Arbeitsdienst herausziehen.

Die Arbeitsdienstkolonne setzt sich aus dem verschiedensten Menschenmaterial zusammen. Da sind höhere Schüler, bürgerliche Jugend, die auch mal Handarbeit leisten will, „Sportschüler“, ein paar junge Bauern waren dabei und junge Erwerbslose aus Liegnitz. Der jüngste unter ihnen war vielleicht 17, der älteste noch keine 25 Jahre.

Die Kolonne wohnt im Boberhaus und ernährt sich als Selbstversorger, mehr vegetarisch als fleischfresserisch, von den Erzeugnissen des Boberhausgartens. Der Tagesplan der Arbeitskolonne? Eine der Jungen schildert das ungefähr so: Um 7 Uhr aufstehen, barbarisch schnell werden die wärmenben-Decken weggerissen. Auf dem Hof treten bibernde Gestalten zu Freiübungen an. Kaffee, ein gemeinsames Lied, und die einzelnen Kolonnen rücken an die Arbeitsplätze ab.

Ein Signal

Stadt Lübeck in Zahlungsschwierigkeiten

Die Stadt Lübeck ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Am 1. Juli muß die Stadt eine Anleihe im Betrage von 5 Millionen Mark zur Rückzahlung. Die Stadt hat bereits jetzt, wie verlautet, erklärt, daß sie außerstande ist, diesen Betrag aufzubringen.

Es schweben augenblicklich Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium dahin, daß das Reich aus den Steuergeldern, die ja in der Hauptsache von den Werktätigen gezahlt werden, der Stadt Lübeck diesen Betrag „borgt“.

Das deutsche Finanzkapital ist durch die Zahlungsunfähigkeit Lübecks auf das höchste „beunruhigt“, weil man, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, „befürchtet, daß sehr bald andere Städte nachfolgen können.“

Kriegsgeist wird eingeeimpft

Drei Stunden Arbeitsdienst pro Tag. Mir sagt ein Bürgerlöhner wörtlich: „Es ist schwer, aber es macht Spaß. Da werden einem die Knochen gerade gebogen“.

Dem Arbeitsdienst folgen vier Stunden Kursus „Volkshochschule“. Ein paar Doktoren werden mit ihren imperialistischen Theorien auf die Jungen losgelassen.

Was wird da gelehrt? „Nationalökonomie“, sagt mir ein Achtzehnjähriger und wirft das lässig hin, als wenn es sich um das kleine Einmaleins handelte. „Wirtschaftsgeographie außerdem.“ Da wird den Leuten klargemacht, daß Deutschland zu wenig Raum für sein wirtschaftlich starkes Volk hat. Und daß das schlesische Grenzland besonders widerstandsfähig gegen räuberische Einfälle gemacht werden müsse. Deshalb stellen sie auch ihre Arbeitskraft für die „wirtschaftliche Vollerziehung Schlesiens“ zur Verfügung.

Wer bezahlt das ganze? Für die Erwerbslosen unter den Freiwilligen wird von den Kommunen eine erhöhte Unterstützung weitergezahlt. Dazu kommen andere kommunale Gelder, „Jugendpflegemittel“. Wo etwas für die nationalsozialistische Beeinflussung der Arbeiterjugend getan wird, läßt sich Severings Preußen nicht lumpen.

Den Jungen selber wird in all diesen Lagern der allgemingültige Satz von 3 Mark wöchentlich Taschengeld ausgezahlt. Für 3 Mark gibt es 100 billige Zigaretten. Die würden für eine Woche reichen. Dann kann man aber nicht ins Kino gehen. Und will man ins Kino gehen, zu weit verfehlt sich — denn die Jungen sind 18 bis 24 Jahre alt —, na, dann gibt es keine Zigaretten.

Die Kleinbürgerlöhne haben Kulturbedürfnisse. Sie lesen Romane. Aber sie könnten sie nicht lesen, wenn ihr Vater sie ihnen nicht schenken würde, wenn sie kein Extrataschengeld hätten. Daß die Bauernlöhne und die Arbeitslosen keine Kulturbedürfnisse haben, das scheint man im Lager als selbstverständlich zu empfinden. Da sind die Grenzen der Volksgemeinschaft. Allen 3 Mark Taschengeld; jedem das Seine, und den Bürgerlöhnen das Geld der Väter dazu.

Was die Freischule an Kriegsstimmung in Volkshochschulturnen erzielt, das besorgen andere faschistische Arbeitergruppen durch einfache Dressur. In Stahlhelm- und Jungdo-Lagern wird der Jungarbeiter in eine Arbeitsdienstuniform gekleidet. Scharfe Kommandogewalt, Freiübungen, Wehrsport füllen das militäristische Programm dieser Gruppen.

Naziführer als Lagerleiter

In einem Lager des Volksbundes für freiwilligen Arbeitsdienst in Stüdenitz in der Mark sind 200 freiwilligen Stennes-SV-Leute. Alles läuft in schwarzen Hemden, schwarzen Hosen und Militärmänteln umher.

Die beamteten Leiter des Lagers sind der ehemalige Gauführer der Nazi-Sturmabteilung für die Provinz Brandenburg, Franke, und der SA-Führer Borchardt, die aus halb-offiziellen Kassen Preußens ihre Gelder erhalten. (Der „Volksbund“ ist die halb-offizielle leitende Körperschaft der Arbeitsdienstbewegung, die mit dem Arbeitsministerium zusammenarbeitet.)

Nachdem die Arbeit geleistet, und der Kursus absolviert ist, finden sich die Arbeitsdienstfreiwilligen der Freischule, zum sogenannten „Zwiespruch“ zusammen. Man unterhält sich. Dabei gibt es die merkwürdigsten Diskussionen. In einer Gruppe erlebe ich folgendes: Ich frage, weshalb sie Arbeitsdienst leisten? Sie wollen das schlesische Grenzgebiet stark und wehrfähig machen, erklären die meisten. Ein erwerbsloser Freiwilliger aus Liegnitz erzählt mir persönlich:

Ihnen wurde zu Hause gesagt, früher oder später wird der freiwillige Arbeitsdienst durch den z wangs m ä ß i g e n Arbeitsdienst abgelöst. Dann sind die heutigen Freiwilligen später die Arbeitsdienstbeamten des Staates und haben eine Stellung.

Überall ist zu beobachten, daß die faschistischen Organisationen gestellten Kleinbürgerlöhne als Gründe für ihren Arbeitsdienst bewußt faschistische und kriegerische Ziele angeben, während die jungen Arbeiter aber meistens von den trostlosen Zuständen in ihrer Familie und der vollkommenen Hoffnungslosigkeit, niemals wieder Arbeit zu finden, herausgetrieben werden.

... wird denn dein Vater jemals Arbeit finden?

Bei einem Freiwilligen ist der Vater erwerbslos und Maurer von Beruf. Ich frage ihn: „Wenn eure Arbeitsdienstkolonne so wirkt, daß neben vielen anderen auch in Liegnitz ein Arbeitsdienstlager eingerichtet wird, das die Bau- und Straßenarbeiten der Stadt zu den niedrigen Lohnsätzen der Wohlfahrtsunterstützung ausführt, wird dann dein Vater jemals wieder Arbeit finden?“

Betretenes Schweigen. Das hat er sich noch nicht überlegt. Sachliche Argumente, kommunistische Aufklärung wirken in den Arbeitsdienstlagern wie Sprengstoff. Damit ist der Weg geebnet, auf dem die Kommunisten der faschistischen Arbeitsdienstbewegung entgegenzutreten müssen. Tragt unsere Propaganda in die Arbeitslager!

Wohlfahrtssätze für Vollarbeit

Als der Wirtschaftsredakteur der „Berliner Börsenzeitung“ einmal besonders gut gefühlhäftig hatte, kürzte er sich in die Arbeit und errechnete, daß beim gegenwärtigen Stand der Dinge 750 Mark aufgewendet wird. Davon werden Wohnung, Essen,

Kleidung und Taschengeld des Freiwilligen bezahlt. In tariflich entlohnter Arbeit würde ein Erdarbeiter in einem Arbeitsjahr einen Lohn von etwa 1900 bis 2000 Mark, also 2½ bis 3 mal soviel als der Arbeitsdienstfreiwillige verdienen. Dieser Vergleich zeigt schlagend, mit welcher bedeutender Verbilligung es den deutschen Kapitalisten gelingt, die künftige Verbesserung ihrer Verkehrswege und ihrer Landwirtschaft zu erreichen.

Den kapitalistischen Vertretern, die die „Börsenzeitung“ schreiben, genügt das aber noch lange nicht. In ihrer Betrachtung schreibt die „Berliner Börsenzeitung“: „Im Jahre 1913 hat das Deutsche Reich für einen deutschen Soldaten jährlich 444,68 Mark ausgegeben.“ Die Börsenzeitung will die Ausgaben für den Arbeitsdienstfreiwilligen auf den Ausgabenstand für die Soldaten der ehemaligen kaiserlichen Armee herabgesetzt wissen. Sie bewilligt pro Kopf für den Arbeitsdienstmann bei Beachtung der Lebenshaltungsindezziffer 125 eine jährliche Ausgabe von 556 Mark.

556 Mark pro Jahr — das sind nur noch 25 bis 30 Prozent



Sklavenarbeit im Arbeitslosenlager

Ein Bild aus dem Arbeitslager Hammerstein in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen.

des Arbeitseinkommens des tarifmäßig entlohnten Vollarbeiters im Straßenbau und ähnlichen Berufsgruppen.

Streikbrecher- und Kriegskolonnen

Sie liegen die wirklichen Absichten der deutschen Bourgeoisie verborgen: sie will mit Lohnsätzen, die nicht über der berechtigten Wohlfahrtsunterstützung liegen, das Reich der öffentlichen Verkehrswege erweitern und verbessern, Erdarbeiten ausführen und viele hunderttausende Bauarbeiter erwerbslos lassen. Und nicht nur das. Es ist geplant, direkte Kriegsvorbereitungsarbeiten, wie die Anlage von Flugplätzen und strategischen Bahnen und Chauffeen vornehmen zu lassen. Vor allem soll die gesamte Arbeiterjugend unter eine derartige staatliche Zwangskontrolle gestellt werden, daß sie jederzeit gegen Streiks einsehbar ist.

SPD. natürlich dabei

Und bei alledem kann Herr Groener wieder mal der Hilfe der Sozialdemokratischen Partei gewiß sein. Auch sie ist in die Front der Arbeitsdienstpflicht gerückt. Schon im vergangenen Herbst richtete das Reichsbanner im edlen Weltkrieg mit Stahlhelm und Jungdo einige faschistische Arbeitslager ein. Heute erläutern die großen Bogen des NSDAP und der SA, in Zeitungen und Communiqués ihr prinzipielles Einverständnis mit dem Arbeitsdienst als „vorübergehende Notmaßnahme“.

Die Heranzüchtung einer Streikbrecherarmee, die Zerstörung der Tariflöhne, die Instandsetzung kriegswichtiger Verkehrswege und die physische und ideologische Militarisation der Arbeiterjugend —

das sind die Ziele, die von den Kapitalisten mit ihrer Arbeitsdienst-Propaganda verfolgt werden. Da für arbeiten Presse und Regierungsapparat. Da gegen muß die ganze Klassenbewußte Arbeiterklasse, vor allem ihre Jugend wirken.

Daß sich jeder bewußt ist: die kommende Arbeitsdienstpflicht soll unter viel barbarischeren Bedingungen durchgeführt werden als der heutige sogenannte freiwillige Arbeitsdienst.

Nieder mit der Arbeitsdienstpflicht!

Arbeitsdienstpflicht bedeutet Faschisierung und Militarisation der Arbeiterjugend, bedeutet Krieg gegen die Sowjetunion.

Faschistische Arbeitsdienstpflicht zerstört die Grundlagen der Tariflöhne der deutschen Arbeiterklasse.

Organisiert Streiks gegen die faschistische Arbeitsdienstpflicht.

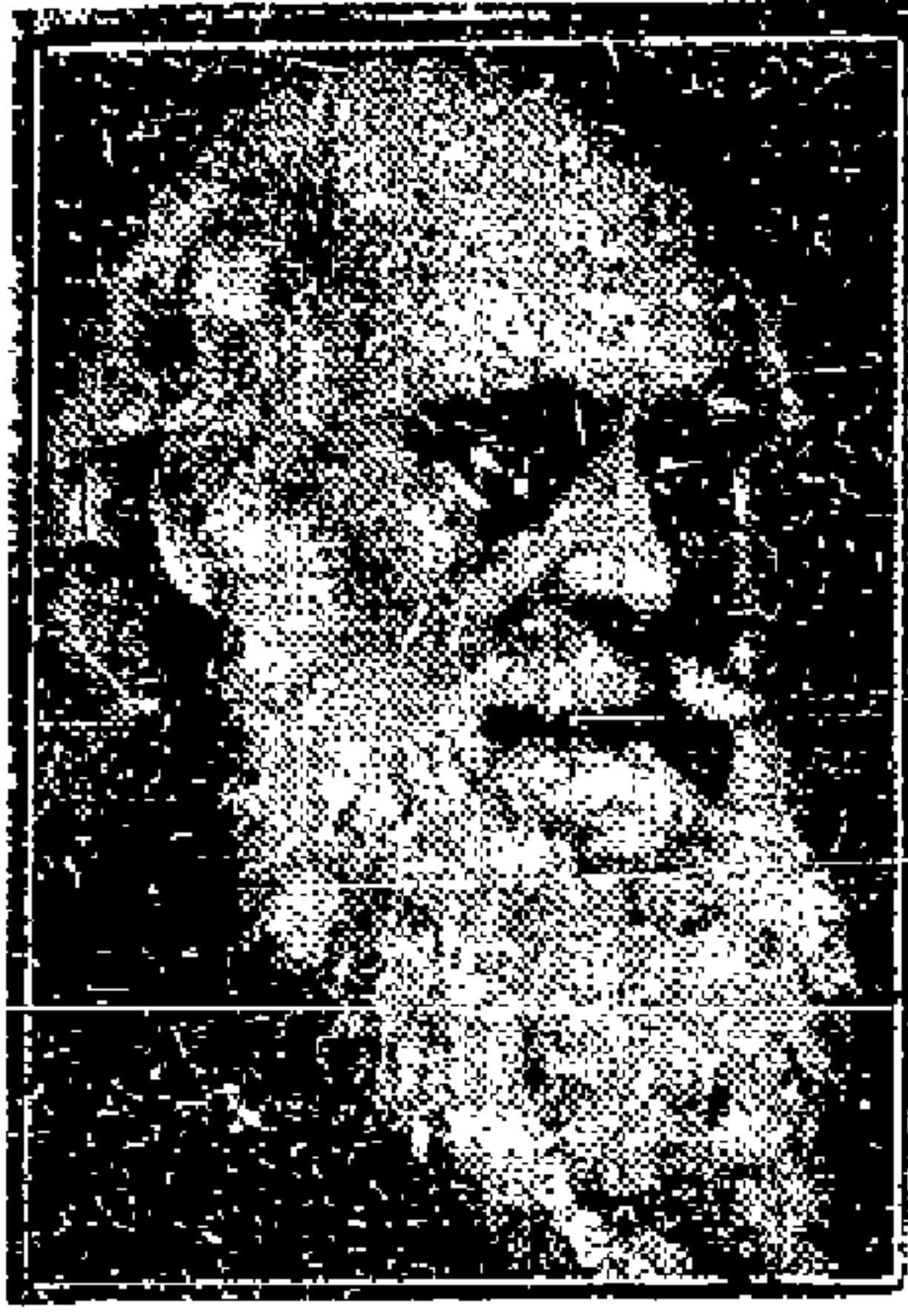
In drei Zeilen...

Die Reichsbank hat den Diskontsatz gestern von 5½ auf 5 Prozent herabgesetzt.

Die Nazis haben den faschistischen Volkseinsatz auf Landtagsauflösung, der von der SPD. eingeleitet war, wegen Verletzung des Wahlscheines angefochten.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alfred Feudisch, Berlin; für Anzeigen und Geschäftsliche Mitteilungen: Gustav Bode, Berlin. Druck und Verlag: Vereinigte Verlagsbetriebe GmbH, Berlin, Kleine Alexanderstraße 28. Fernruf: Sammelnummer 6 1, Berolina 3481

Charles Darwins Werk Zu seinem 50. Todestag



„Darwin hat der metaphysischen Naturauffassung den gewaltigsten Stoß veretzt durch seinen Nachweis, daß die ganze heutige organische Natur, Pflanzen und Tiere, und damit auch der Mensch, das Produkt eines durch Millionen Jahre fortgesetzten Entwicklungsprozesses ist.“

Diese Kennzeichnung, die Friedrich Engels der Darwinischen Lehre angedeihen läßt, umfaßt in kurzen Worten klar deren ganze Bedeutung. Darwins Lebenswerk gliedert sich in seiner Anschauung, daß alle Pflanzen und Tiere in allen ihren Gattungen sich aus niederen Wesen in höhere entwickelt haben, und zwar hauptsächlich auf Grund der Veränderung der äußeren Lebensbedingungen. Diese Ansicht hat er mit ausführenden Beispielen aus allen naturwissenschaftlichen Gebieten belegt und in seinen zwei Hauptwerken, der „Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl oder die Erhaltung der bevorzugten Klassen im Kampfe ums Dasein“ (1859) und in der „Abstammung des Menschen und die Zuchtwahl in geschlechtlicher Beziehung“ (1871) niedergelegt.

Darwin ging von der Tatsache aus, daß Tier- und Pflanzengattungen schon lange, wenn sie ganz bestimmte Ergebnisse in ihrer Zucht zeitigen wollten, ihnen dafür geeignet erscheinende Tiere auswählten und nur diese zur Begattung und zur Erzeugung von Nachkommenschaft zuließen. Sie konnten dann mit großer Wahrscheinlichkeit damit rechnen, daß die bei diesen Tieren vorhandenen und für die späteren Generationen gewünschten Eigenschaften vererbt wurden. Demnach gelangt es also dem Menschen, willkürlich bei Zuchttieren die verschiedenartigsten, ja selbst krankhaften Formen zu züchten. Ähnlich verhält es sich nun, wie Darwin bemerkt, auch bei den freilebenden Tieren. Während der Mensch unter den Haustieren eine künstliche Zuchtwahl schafft, wobei er sich nach dem, ihm aus dem gezüchteten Tiere entspringenden Nutzen richtet (Milchkuhe, Mastschweine, Spürhunde, Legehühner usw.), erfolgt bei den freilebenden Arten eine natürliche Zuchtwahl dadurch, daß sich im ständigen Kampfe ums Dasein nur diejenigen Tiere der gleichen Gattung am Leben erhalten und fortpflanzen können, die die kräftigsten, stärksten, anpassungsfähigsten und intelligentesten sind. Nur so ist es zu erklären, daß trotz der unerhörten Ueberproduktion von Nachkommenschaft, die Tierarten sich nicht ins Ungemessene vermehren. Man denke nur daran, daß ein einziger Hering in seinem Leben 500 000, ein Stör 100 Millionen, ein Wandsaum gar 200 Millionen lebensfähige Eier produziert. Und doch entspricht die Vermehrung dieser Tiere, wie übrigens der anderen auch, durchaus nicht ihrer Fruchtbarkeit. Im Kampfe ums Dasein wird der unbedeutendste Teil vernichtet; nur ein winziger Bruchteil der angelegten und vorhandenen Nachkommenschaft setzt die Art fort.

Solange die Vermehrungsziffer größer ist als die Vernichtungsziffer, die wieder beide bestimmt sind durch den Charakter der Umwelt, solange bleibt die Art bestehen. Ändert sich die Umwelt rasch, z. B. durch eine Naturkatastrophe, so können mit einem Schläge ganze Tier- und Pflanzengattungen ausgerottet werden; ändert sie sich langsam, so wird bei derselben Tier- oder Pflanzengattung ein Teil der früheren Eigenschaften verloren gehen und dafür andere erworben werden.

Das einzellige Lebewesen

In der konsequenten Verfolgung dieses Gedankenganges kam Darwin, wie später vor allem auch sein Anhänger Ernst Haeckel, zu dem Schluß, daß sich alles tierische und pflanzliche Leben von der niederen in die höhere Form im Laufe der Jahrmillionen entwickelt habe, und daß schließlich alles organische Leben auf die niedrigste Lebensstufe überhaupt, auf das einzellige Lebewesen zurückzuführen sei.

Wir können uns heute keinen Begriff mehr davon machen, was für einen Sturm der Entrüstung und des Widerspruches diese Darlegungen Darwins in der ganzen Welt entfesselten, obwohl sie eigentlich nichts anderes waren, als die logische Zusammenfassung dessen, was seit 50 Jahren Naturforscher und Philosophen der verschiedensten Gebiete der Naturwissenschaft mehr oder weniger klar angedeutet hatten. Als man aber nun diese klare und nicht mißzuverstehende Zusammenfassung vor sich sah, und als vor allem die Kirche und die damals so wie heute reaktionären Vertreter der bürgerlichen Wissenschaft die Konsequenzen, die sich aus ihr ergaben, klar erkannten, da wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Darwin zu einem Widerruf zu veranlassen.

Als erster nahm Razi Marz entschieden für Darwin Stellung, der schon im Dezember 1859, also einen Monat nach dem Erscheinen der „Entstehung der Arten“ an Engels schrieb, daß hier „ein großartiger Versuch gemacht worden ist, die historische Entwicklung in der Natur nachzuweisen.“

Zum 1. Mai 1932:

Dnjeprostroj läuft / Von Paul Brand

Berlin-Alexanderplatz! Es wird gebuddelt und gebaut. Seit mehreren Jahren. Jeder staunt, der das mal mit angesehen hat, wie sich ein ganzer großer Platz verändert, modernisiert.

Wer eine der großen Bauten der Sowjetunion gesehen hat, dem imponiert der Alexanderplatz nicht mehr. Und wer gar erst in Dnjeprostroj gewesen ist, der sagt: „Wunderlich, wie lange die Leute an dem bishigen Alex herumdoßtern!“

Ja, Dnjeprostroj, das am 1. Mai anfangen wird zu laufen, erlittet seit zwei Jahren unter den Schlägen der Sprengungen im Fluß, unter den Stößen der Rammen, dem Lauf der Krane. Zwanzig Jahre, sagten die zaristischen Ingenieure, wird der Bau eines solchen Werkes dauern. Der sozialistische Aufbau kann nicht zwanzig Jahre warten.



Um was geht es denn? Da ist ein großer Fluß. Er ist rund 3500 Kilometer lang, entspringt nahe der Dina, mündet ins Schwarze Meer. In der Mitte, bei Dnjeprostrowj hat er 95 Kilometer festes, unerschiffbares Bett. Das Gefälle an dieser Stelle schreit außerdem geradezu nach Ausnutzung. Was ist „einfacher“, als hier eine Kraftquelle zu bauen, den Fluß auch über diese 95 Kilometer schiffbar hinwegzuführen, um später einmal, wenn sich die Arbeiter von Dünaburg befreit haben werden, sogar eine Verbindung Ostsee-Schwarzes Meer zu haben? Was ist „einfacher“, als drei Schleusen zu bauen, als den Wasserpiegel um rund 40 Meter zu heben? Was ist „einfacher“, als ein Dorf verschwinden zu lassen, weil das Wasser seinen Platz überschwemmen wird, und eine Industriestadt für 400 000 Menschen hinzubauen, mit Schulen, Kinos, Theatern, Bibliotheken usw.? Eine Brücke, an der man früher jahrelang baute, ist für den neuen Wasserstand zu niedrig. Weg damit! Eine höhere her!

Ja, sagt einer, wozu eine höhere Brücke? Lassen wir doch den Verkehr auf mehreren Stützwerken über den Staudamm laufen!

Aber natürlich. Komisch, daß wir nicht gleich darauf gekommen sind! sagen die anderen.

Und es wird gebaut. Auf über 60 Meter Höhe turnen, fast zwei Kilometer breit den Staudamm befahrend, die schweren Dampftrane herum. Links Ufer melbet: Heute 25 Meter geschaff. Rechtes Ufer muß es auch schaffen. Noch 100 Meter Lücke in der Mitte. Eisenhotten tanzen über der letzten Lücke von fünf Metern. Und jetzt — der Damm steht lüdenlos. Jetzt wird er ausgefüllt.

Am Ufer war man inzwischen auch nicht faul. Die Gehäuse für vier Turbinen stehen schon. Fünf Köcher warten auf fünf weitere Turbinen. Das sind nicht so kleine Dinge, wie wir sie alle schon gesehen haben. Hier schafft jede Drehtrommel 90 000 PS. Das sind 810 000 Pferdestärken, die zum Teil ins Dondoh geschickt werden. Aber der andere Teil wird neun Großbetriebe treiben, die hinter dem Fluß, hinter der neuen Stadt auf dem anderen Ufer gebaut werden.

Man sagt nicht: erst bauen wir das, dann fangen wir das

andere an. Hier arbeiten 40 000 Menschen in drei Schichten im sozialistischen Wettbewerb. Fahren wir rund herum zum anderen Ufer! Wir müssen über die alte Brücke, deren Tage gezählt sind. Aber was ist das? Am Hang eines Hügels sind Kisten angeklebt, große Kisten, aus Brettern roh zusammengehauen, mit flechtigen, zerissenen Lössern bedeckt. Vor manchen steht ein mageres Pferd. Vor anderen sitzen Männer, Frauen, Kinder. Ha, das ist also die Rehrseite der Medaille! Das sind Hunger und Elend! Nein, das sind hier Kulaken aus dem evaluierten Dorf, dessen Platz man brauchte für das große Werk des sozialistischen Aufbaus. Man hat ihnen den Platz genommen, man hat ihnen Arbeit angeboten. Sie haben sie abgelehnt. Und nun sehen sie zu, wie andere arbeiten. Verlaufen ihren Schrank, ihr Bett, ihr Pferd. Sehen neidlich zu, wie das nachbarliche Kollektivdorf auf Traktoren zu Besuch kommt. Aber arbeiten wollen sie nicht.

Gut, sagen die Arbeiter, arbeitet nicht. Wenn ihr hungern werdet, kommt ihr schon von selber. Und wenn ihr nicht kommt, dann kommen eure Kinder. Und die erwachsenen Kinder sind schon gekommen. Sie arbeiten heute, nicht nur auf dem großen Bau, viele auch schon in den Gewerkschaften der Sowjetunion.



Die neuen Häuser, die sich von den modernen deutschen Wohnbauten nur durch größere Räume und allgemeinen Komfort unterscheiden, haben unter den Sprengungen, die immer noch große Felsen aus dem Flußbett herausbeihen. Die Landstraße hebt, über die wir nach Saporoschje fahren, der nächsten größeren Eisenbahnstation. Saporoschje ist in Aufregung. Nachts um zwölf sind die Straßen gedrängt voll. Eine Demonstration zieht auf den Bahnhof, voran die Kapelle der Roten Armee und des Jugendverbandes. Die Stadt der Landmaschinenfabrik ist in Bewegung. Ein Zug fährt ein, von roten Transparenten eingerahmt. 600 Arbeiter bringt er, Stoßbrigadier aus Leningrad und Moskau. Sie haben den Fünfjahresplan in zweieinhalb Jahren geschafft. Und bevor sie in die Krim fahren, machen sie einen Besuch in Dnjeprostroj. Das ist ein Fest für das große Werk, das ist ein Fest für die Besucher.

Da gibt es Meetings und Führungen, und die Erbauer von Dnjeprostroj, dem zweitgrößten Kraftwerk der Welt, sind schon ein bißchen verhämt, denn bald werden sie „nur“ noch das drittgrößte Werk gebaut haben. Die Pläne für das größte, das an der Wolga gebaut werden wird, sind schon vom Obersten Volkswirtschaftsrat genehmigt.

Aber Dnjeprostroj bleibt die historische Bedeutung, der erste Wasserkraftgigant der Sowjetunion zu sein. Und in der Geschichte des Proletariats wird der 1. Mai 1932 immer mit Dnjeprostroj verknüpft sein. Ein Reporter der „Roten Fahne“ wird an dem geschichtlichen Akt der Eröffnung teilnehmen dürfen. Wer bekennt ihm nicht darum? Aber wartet nur, auch in Deutschland werden wir unsere Dnjeprostrojs eröffnen, wir alle. Kampfmai 1932. Er führt zum Arbeitsmai des sozialistischen Aufbaus in Deutschland, zum Festmai nach beendeten Aufbau des Sozialismus.

Kampfmai 1932

Die glänzende Maizeitung der KPD. (Preis 10 Pf.)

Wenn wir an die breitesten Massen herantreten wollen, müssen wir mit stets wechselnden, kühnen, lebendigen, in ihrer Neuartigkeit überwältigenden Methoden der revolutionären Agitation und Propaganda arbeiten. Wir müssen uns stets vor Augen halten: eine jede Art der Schablone schwächt die Wirkung, schädigt unsere Arbeit. „Amerikanische Sachlichkeit“ heißt eine schöne Sache, eine gute Sache dar, aber nur, wenn sie mit revolutionärem Elan und unmittelbarer Ueberzeugungskraft gepaart ist.

Glänzend gelang die Vereinigung von revolutionärem Elan und amerikanischer Sachlichkeit in der Maizeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, „Kampfmai 1932“. Die Gefahr des drohenden imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion und das Bekenntnis „Wir schützen die Sowjetunion“ sind Leitmotive des prachtvoll illustrierten und künstlerisch, in der Bildauswahl, Anordnung und Zusammenstellung hervorragend gestalteten Heftes. „Kampfmai 1932“ ist in seiner politischen Wirkung ein Triumph der proletarisch-revolutionären Photomontage, deren Weg unser Genosse John Heartfield als erster beschritt.

Viele Beiträge müssen wir als gute Beispiele eines bildmächtig wirklich gestalteten, echten revolutionären Pathos hervorheben; eines Pathos ohne jede Spur von Exkramptheit. Da wird nicht gemogelt, geblüffelt, gelogen wie in der Tendenzmache der bürgerlichen Parteien. Hier spricht zu dir das, was dich am meisten angeht. Hier sieht dich die unverhüllte, lebendig übermittelte Wahrheit an. Kauf die Zeitung, lest sie, schaut sie euch genau an, durchdenkt ihren Inhalt und gebt sie weiter! D.

Achtung, wir hören mit...

Berlin
18.30 Uhr: Uebendiskussion: Aufstieg oder Niedergang des Nationalismus?

19. Uhr: Reichsminister Schuler: Die Agrarpolitik der letzten Jahre.
Königsplatzhauken

19.30 Uhr: Wie lebt und arbeitet ein deutscher Arbeiter in Rußland? (Neuer Vortrags!)!

Anlässlich des 65. Geburtstages von Käthe Kollwitz wird in Moskau eine Ausstellung ihres gesamten graphischen Werkes veranstaltet. Etwa 150 Arbeiten werden einem Uebersichts- über das Schaffen der Künstlerin geben. Mit der Organisation und dem Aufbau der Ausstellung ist von den Sowjetbehörden in Vertretung von Käthe Kollwitz der Maler Otto Nagel beauftragt worden. Käthe Kollwitz hat für diese Ausstellung ein großes Litho- „Wir schützen die Sowjetunion“ geschaffen, das sie dem Sowjetproletariat widmet. Die Moskauer Arbeiter erwarten mit großem Interesse diese Ausstellung der großen Genossin des Proletariats.

Geschäftliche Mitteilungen

Drei Sonbertage bei Kaiser's, vom Donnerstag, dem 28. bis Sonntag, dem 30. April. Auf Wunsch erhalten Sie auch statt 10 Prozent Rabatt bei Einkauf für 3 RM (mit Ausnahme weniger Artikel) eine Tasse mit Untertasse und bei Einkauf für 2 Reichsmark einen Dessertteller aus bayerischen Porzellan. S. heutiges Inserat.

Die Kamera, unter den Linden 14, zeigt ab Mittwoch, den 27. April, „Der blaue Express“ und „Das Dokument von Sponghai“, die erste Film-Reportage großen Stils.

Schöne weiße Zähne

Schon nach einmalig. Wüben mit der herrl. erfrisch. schmeckenden „Chlorodont Zahnpasta“, kreibt uns ein Hauch. Tube 50 Pf. und 80 Pf.



Billig wie nie- und doppelter Rabatt

Von Donnerstag, dem 28. April bis Samstag, dem 30. April auf alle Waren (mit Ausnahme weniger Artikel) doppelte Rabattmarken! Auf Wunsch statt Rabatt bei Einkauf für 2 RM ein schöner Dessertteller, bei Einkauf für 3 RM eine feine Tasse mit Untertasse aus echt bayerischem Qualitäts-Porzellan.

KAISER'S KAFFEE-GESCHAFT

10%

Die Jagd nach dem Glück

Das kleine Lotto — Der große Volksbetrug — Zahlen im Traum

In Wien, in Innsbruck und in einigen anderen Städten Österreichs kann man an einem bestimmten Tag in der Woche ein merkwürdiges Bild wahrnehmen. In den ersten Nachmittagsstunden umdrängen dort ungeheure Massen ein bestimmtes Gebäude. Drängt man sich durch diese Massen hindurch und ist man glücklich in den Saal gelangt, so sieht man ein großes Rad vor sich und einen Jungen, der das Rad bewegt. Sobald das Rad einmal umgedreht ist, wird eine Zahl ausgerufen und der Zuhörer bemächtigt sich Enttäuschung und oft sogar Entsetzen.

„Was, 37 hat er gezogen? Und ich habe 88 gekriegt. Jesus, jetzt erst fällt's mir ein; mein Onkel ist doch gerade 88 und nicht 37 Jahre alt. Da sieht man, daß man sich genau überlegen muß. Man darf nie übereilt handeln.“

„72? Ich fände in Ohnmacht! Ich kann es ja am Geburtschein nachweisen, daß meine Großmutter 72 Jahre alt war, als sie gestorben ist. Wie so kann jetzt 72 gezogen werden? Das ist doch ein Schwindel!“

„Wissen Sie, was ich Ihnen sagen werde? Der Knabe, der da die Nummer herausholt, ist gar kein Waisenknabe. Ich wette, der Kerl hat irgendwo noch einen Vater und eine Mutter; denn sonst wäre bestimmt 73 herausgekommen.“

„Einen Vater hat er? Drei hat der Kerl sicher, bei den Nummern, die er zieht. Und so was nennt sich ein Waisenknabe. Das kann gleich jeder von sich behaupten. Beweisen muß das werden!“

„Wasser! Kaltes Wasser! Man soll die Rettungsgesellschaft alarmieren!“

„Was ist denn geschehen?“

„Eine Frau ist in Ohnmacht gefallen. Sie hat ihre letzten 50 Groschen in der Lotterie verloren.“

Das Ziehen der Nummern wird für einen Moment unterbrochen. Die Frau wird hinausgetragen und die „Arbeit“, das Ziehen der Nummern wird unter der gespanntesten Aufmerksamkeit aller fortgesetzt. Alle fünf Nummern sind gezogen. Die Enttäuschung ist eine ungeheure. Keiner hat gewonnen. Allgemeines Murren.

„Das ist ein plumper Schwindel“, ruft eine Frau. „Ich entsinne mich ganz genau, daß meine Großtante Annemarie gerade zu ihrem letzten Todestage mir im Traum die Zahlen 13, 87 und 82 genannt hat. Und jetzt ist keine einzige dieser Zahlen herausgekommen. Meine Großtante Annemarie hat im Leben nie gelogen und im Tode sicher nicht. Ich sehe nur noch einmal, und dann nie mehr wieder.“ „Ich auch nur noch einmal.“

Solche Szenen spielen sich, wie gesagt, allwöchentlich ab. Es sind Hunderte, Tausende, die auf die Weise in Österreich nach dem Glück jagen, und es nie erreichen. Dieses kleine Lotto besteht im Prinzip darin, daß allwöchentlich in diesen staatlichen Lotteriestellen 5 von 80 Nummern gezogen werden. Man kann eine Nummer setzen, zwei und drei. Wenn man auf eine Nummer setzt und die Nummer gezogen wird, ist der Gewinn gering, bei zwei ist er größer und bei drei noch größer. Die Wahrscheinlichkeit, daß die drei gezogenen Nummern gezogen werden, ist minimal, und darauf baut die staatliche Lotteriestelle auf diese Weise profitiert der Staat Millionen und aber Millionen.

Wer sind die, die sich am kleinen Lotteriespiel beteiligen? Es sind die Vermissten der Armen, es sind neben ihnen auch gewisse Offiziere, verkochte Existenzen, solche von religiösem Wahn Besessene. Hier fesselt der Aberglaube geradezu Organe. Er wird von der Lotterie und ihren Helfershelfern großzügig gefördert. Alljährlich werden unzählige Traumdeutungsbücher herausgegeben. Die Geburts- und Todestage der Großeltern und aller anderen Verwandten spielen hier eine große Rolle.

Es gibt Menschen, die das ganze Leben nach diesem „Glück“ jagen, die ihr Bestes in die Verhasstung tragen, um „noch einmal“

jagen zu können. Denn dieses „eine Mal“ muß man doch bestimmt gewinnen. Und die Enttäuschung dauert gewöhnlich vier Tage, und am fünften Tag geht man wieder in die Lotteriekolonne und legt von neuem seine armseligen paar Groschen.

Keine Lotterie ist derart imstande, Millionen zu werden, wie gerade dieses kleine Lotto. Unzählige Selbstmorde im Jahr sind auf Konto dieses kleinen Lottos zu buchen. Durch diesen Volksbetrug werden unzählige von Ursachen des Elends und vom Klassenkampf abgelenkt; und darauf kommt es schließlich im Staat an. Er erreicht hier zweierlei: Erstens zieht er den Massen die letzten Groschen aus der Tasche, und zweitens weckt er in ihnen Illusionen und Hoffnungen, die nie erfüllt werden. So war es unter dem Kaiser, so ist es jetzt unter der glorreichen Republik Österreichs.

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Skorbut, Pellagra, Rachitis in Deutschland

Gerade gegenwärtig tauchen in der bürgerlichen antikommunistischen Presse immer wieder neue Mitteilungen auf, die von einer angeblichen Hungersnot in der Sowjetunion berichten. Die offenen und versteckten Feinde des sozialistischen Aufbaus, die nun schon seit 15 Jahren den nahenden Zusammenbruch des roten Rätereiches prophezeien, ergreifen gierig jede sich ihnen bietende Gelegenheit, um ihren Lesern neue Ullgenmeldungen aus dem Lande der Arbeiter und Bauern anzukündigen. Die an sich vorhandenen Schwierigkeiten in der Lebensmittelbeschaffung sind durch den insafte der immer drohender werdenden Interventionspläne der imperialistischen Staaten notwendig gewordenen Ausbau der Schwerindustrie bedingt. Tatsächlich jedoch leidet niemand dort drüben Hunger, und es ist durch einschneidende hygienische und sanitäre Maßnahmen der Sowjetunion gelungen, alle die unter dem Jaren bekannten und gefährlichsten Folgekrankheiten des Hungers völlig auszurotten.

Andererseits in der demokratischen Republik. Zwar sprechen die amtlichen Denkschriften immer noch davon, daß der Gesundheitszustand des deutschen Volkes sich im ganzen auf einer annehmbaren Höhe halte, jedoch die Wirtschaftskrise für die nächste Zukunft trübe Aussichten eröffne. In noch in der preussischen Denkschrift über den Gesundheitszustand der Kinder in den Volksschulen, in der über die Zunahme der Erkrankungen an akuter Tuberkulose, an englischer Krankheit, über die bedrohliche Unsauberkeit der Schulkinder (eine Folge der wirtschaftlichen Not der Eltern), über die Unterernährung, über den Abbau der gesamten Pflanzgeheimnisse, für die Schulkinder erfordern die Tatsachen mitgeteilt werden, heißt es am Schluß: „Die Fürsorgeeinrichtungen für die Schulkinder wurden in den letzten sieben Jahren weitgehend ausgebaut und bis zu einer beachtlichen Höhe gefördert. Jetzt droht der Zusammenbruch.“

Der Zusammenbruch der deutschen Volksgesundheit droht schon lange nicht mehr! Er ist längst vorhanden. Tatsachen darüber tauchen in Form kleiner, kaum beachteter Mitteilungen, in der medizinischen Fachpresse immer häufiger auf.

In Deutschland gibt es wieder Skorbut! Aus den verschiedensten Gegenden wird das Auftreten dieser Krankheit, die eine der fürchterlichsten ist, die es überhaupt gibt, gemeldet. Sie kommt lediglich durch das Fehlen von frischem Obst, Gemüse und Fleisch in der Nahrung zustande und trat früher nur auf Schiffen, die jahrelange Seereisen unternahmen, z. B. aus Anlaß wissenschaftlicher Expeditionen, und in besonders schlecht verwalteten Gefängnissen auf. Unter zunehmender allgemeiner Abspannung und rheumatischen Beschwerden kommt es zu einer Rundfülle, zu Blutungen im Hautgelenk und inneren Organen.

Panik in Paraguan

Buenos Aires, 27. April. In Muncion, der Hauptstadt von Paraguan, entstand am Dienstag eine ungeheure Panik unter der Bevölkerung, als sich der Himmel plötzlich blutrot färbte. Die Menschen strömten angstfüllt durch die Straßen. Die wildesten Gerüchte wurden verbreitet. Tausende glaubten, das Ende der Welt sei gekommen und eilten in die Kirchen, die dicht gefüllt waren. Die Priester hatten die größten Schwierigkeiten, die Menge zu beruhigen. Die Ursache der merkwürdigen Naturerscheinung konnte noch nicht festgestellt werden, man glaubt aber, daß sie mit den neuen Vulkanausbrüchen zusammenhängt.

Wirbelform tötet vier Personen

New York, 27. April. In der Nähe von Nashville (Georgia) wurden durch einen überaus heftigen Wirbelform vier Personen getötet und zehn schwer verletzt. Mehrere Gebäude wurden völlig zerstört.

Schließlich erfolgt der Tod im Delirium. Die Krankheit läßt sich in ihren Anfangsstadien, sofern sie rechtzeitig erkannt wird, durch rasche Verbesserung der Nahrung noch beheben. Die Ärzte, die über diese Fälle in der letzten Zeit berichten, kamen aber zunächst gar nicht auf den Gedanken, daß eine solche Krankheit bei ihren Kranken vorliegen könne, und so wurde mehrmals der richtige Zeitpunkt zur Behebung der Krankheit verpaßt.

Von der Zunahme der englischen Krankheit berichten selbst die amtlichen Veröffentlichungen. Auch diese Krankheit ist eine Mangelkrankheit, eine Folge einseitiger Ernährung und ungenügender Wohnverhältnisse. Sie war bisher bei Erwachsenen sehr selten, nimmt aber jetzt gerade die größeren Umfang an, und zwar vor allem auf dem Lande. Obwohl also die Kleinbauern und Landarbeiter sich tagsüber in gesünder Luft aufhalten, obwohl sie selbst unmittelbar an der Gewinnung der Nahrungsmittel beteiligt sind, also eigentlich an der Quelle liegen, tritt die Krankheit häufig gerade bei ihnen auf. Ein Zeichen dafür, wie groß das wirtschaftliche Elend unter der wertvollen Landbevölkerung ist!

Nach den Berichten der Universitätsprofessoren Konhoeffer-Berlin und Judasohn-Breslau häufen sich in deutschen Großstädten und Industriebezirken die Fälle von schwerer „Pellagra“, einer Mangelkrankheit, die bisher nur unter den ärmsten Schichten des italienischen Volkes, die sich seit den Segnungen, die ihnen der Faschismus gebracht hat, nur noch mit Mais ernähren können, in Europa bekannt war. Auch hier ist die mangelhafte Ernährung, wie sie durch die immer schlechter werdende wirtschaftliche Lage bei weiten Bevölkerungsteilen bedingt ist, die Ursache.

Während zwar in der Sowjetunion gelegentliche Störungen in der Versorgung dieses von 170 Millionen Menschen besiedelten, 21 850 000 Quadratkilometer großen Landes eintreten können, die durch den beschleunigten Ausbau weiterer Industriezweige erklärt sind, während aber durch die Anstrengungen des Volksgesundheitskommissariats der Gesundheitszustand der werktätigen Arbeiter, Bauern und Soldaten eine Höhe erreicht hat, wie sie kein anderes Land der Welt mehr aufzuweisen hat, stehen die kapitalistischen Staaten, allen voran die deutsche Republik, mitten in einer Gesundheitskatastrophe, deren Ausmaß wir erst in den nächsten Monaten voll zu spüren bekommen werden. Dr. Swienty.

Ermentob in Tirol

Witz, 27. April. Ein Händler namens Meier aus Kiems, der sich auf schwierigen Gebirgspfaden über die Grenze auf österreichisches Gebiet begab, um Schmuggelwaren einzukaufen, wurde nach langem Suchen als Leiche unter einer Lawine gefunden, aus der die Leiche des Vermissten jenseits in die Höhe stiegen. Wegen der herrschenden großen Lawengefahr kann die Leiche nicht geborgen werden.

Raubmord im Eisenbahnzug

Budapest, 27. April. Der Großgrundbesitzer Jakob Steinhart aus Söbörzug wurde in der vergangenen Nacht im Personenzug Budapest-Kaab ermordet, ausgeraubt und aus dem Zuge geworfen. Seine Leiche wurde auf dem Bahndamm bei Komorn aufgefunden.

Steinhart hatte den gestrigen Abend in Budapest in Gesellschaft einer noch nicht ermittelten Frau verbracht, mit der er ein Hotel aufsuchte. Er soll ihr, wie Zeugen angeben, ein großes Bündel Banknoten gezeigt haben. Von den Tätern, die im Bekanntenkreis der Frau zu suchen sein dürften, fehlt bisher jede Spur.

200 000 Hektar unter Wasser

Die Ueberschwemmungskatastrophe in Jugoslawien

Stemna Mitrovica, 27. April. Der durch die verheerenden Ueberschwemmungen in der Savandebung verursachte Schaden dürfte mehr als eine Milliarde Dinar betragen. Gegenwärtig stehen noch mehr als 200 000 Hektar Ackerboden unter Wasser. Es ist zu befürchten, daß infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit ein großer Teil des Ueberschwemmungsgebietes im laufenden Jahre nicht mehr bebaut werden kann.

Der Wunderdoktor von Stubenberg

Stag, 27. April. Bei einem „Wunderdoktor“ in Stubenberg namens Donnerer wurde heute eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der gefährliche Gifte gefunden und beschlagnahmt wurden. Diese Gifte beschaffte sich Donnerer mit einer Stempelkarte, die die Aufschrift trug: „Med. Dr. A. P. Donnerer, Naturheilverfahren.“

Stubenberg, Ostermarkt.“ Es wurde erhoben, daß Donnerer im März dieses Jahres einem kranken Knaben Herzstropfen gegeben hatte. Zwei Tage darauf war der Knabe gestorben. Donnerer, der harten Zulauf namentlich von bayerischen Patienten hatte, ist mehrfach vorbestraft und soll aus Zürich stammen. Er konnte noch nicht verhaftet werden, da er krank zu Bett liegt.

Schweres Flugzeugunglück bei Wina

Weschan, 27. April. Auf dem Flugplatz in Wina bei Wina ereignete sich am Dienstag ein schweres Flugzeugunglück. Schon während des Starts eines Übungsfluges wurde ein gerade vorbeigehender Arbeiter von dem Fahrgerüst erfasst und zu Boden geschleudert. Der Arbeiter war sofort tot. Kaum befand sich das Flugzeug in 200 Meter Höhe, als es sich in der Luft überschlug und zu Boden stürzte. Die beiden Piloten trugen sehr schwere Verletzungen davon und mußten in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus übergeführt werden.

247 Rezepte ...

Viele praktische Winke gratis!

Für jede Hausfrau das Sanella Kochbuch

Über alle deutschen Sender:
Jeden Freitag vormittag
Sanne und Ella
plaudern im Radio



